: antifaschistische nachrichten Nr. 4
g 3336 28.2.2008 24. jahrg./issn 0945-3946 1,30 €
www.antifaschistische-nachrichten.de

Leisetreten ist nicht die Sache der DVU. Noch am Wahltag meinte der Hamburger Spitzenkandidat Matthias Faust „die Stunde der DVU" kommen zu sehen. „Noch nie", so der Aufruf auf der Hamburgseite der Neofaschisten, „standen die Zeichen für die DVU so günstig". Das amtliche Ergebnis von 0,8 Prozent überführt die Überheblichkeit der DVU der Lüge. Mit einem Ergebnis unter einem Prozent fällt die DVU noch unter die Hürde der staatlichen Wahlkampferstattung. Selbst der finanzielle Großeinsatz in den letzten beiden Wochen vor der Wahl konnte da nichts mehr reißen. Wie zu erwarten, hat die DVU im Osten und Süden Hamburgs in 7 der 17 neuen Wahlkreise mehr als 1% der Stimmen bekommen. Traurige Hochburgen sind Wahlkreis 2 (Billstedt-Wilhelmsburg-Finkenwerder) mit 1,8 % und WK 12 (Bramfeld-Farmsen-Berne) mit 1,5 %. Hier bleibt antifaschistische Stadtteilarbeit dringend nötig.

Auch die rechtspopulistischen Parteien „Rechte Mitte - Heimat Hamburg" von Roger Kusch und die „Deutsche Zentrumspartei" blieben mit 0,5% bzw. 0,1 % weit abgeschlagen. „Schade", schreibt die Kusch-Partei auf ihrer Seite, „dass es mit dem Einzug unserer Partei in die Bürgerschaft nicht geklappt hat." Mit 3.520 Stimmen dürften sich die Rechtspopulisten neben dem Katzenjammer auch die Frage nach der Existenzberechtigung der regionalen Splitterpartei stellen. Anders als bei Schill, den die Springerpresse „groß schrieb", verkörperte der ehemalige „zweite Bürgermeister" mit seiner Themenbeschränktheit rassistischer „Ausländer aus-" Plakatierung und seiner Forderung nach Sterbehilfe zu wenig Ausstrahlung. Finden wir erwartungsgemäß wenig schade.

Hamburg-Wahl:
Diesmal keine Stimme für die Nazis

DVU am Ende?

Die DVU hat, trotz massivem finanziellen Aufwands, ihr zweit-schlechtestes Ergebnis ihrer Hamburger Geschichte eingefahren. 2001 bekam sie 0,7% bei der Bürgerschaftswahl, allerdings nur weil Schill damals mit 19,4 % fast alle rechten Stimmen auf sich konzentrieren konnte. Da es diesmal kaum Konkurrenz am rechten Rand gab, dürfte die Enttäuschung bei Freys Truppe umso größer sein. Selbst die finanzschwache NPD holte bei der Bundestagswahl 2005 in Hamburg mit 1% mehr als ihre Schwesterpartei im Deutschlandpakt. Die Ära der DVU dürfte damit auch auf Bundesebene mittelfristig beendet sein. Neben dem schlechten Wahlergebnis in Hamburg, verliert die überalterte Partei kontinuierlich Mitglieder, hat kein funktionierendes Parteileben und die Nachfolge des 75-jährigen Vorsitzenden Gerhard Frey ist vollkommen ungeklärt. Somit dürfte sich auch das Gewicht der DVU im sog. Deutschlandpakt zwischen NPD und DVU weiter vermindert haben. Zwar hatte die Bundes-NPD den Wahlkampf der DVU in Hamburg offiziell unterstützt und Bundes-Vize Holger Apfel auf der Großveranstaltung der DVU am 17. Februar im Congress Centrum Hamburg den Fortbestand des Paktes versichert. Hinter den Kulissen und besonders aus dem Spektrum der Freien Kameradschaften gibt es jedoch massive Kritik an Frey und seiner Partei. Viele Neonazis fordern eine Nachverhandlung des Paktes zugunsten der NPD. Vor allem möchten viele für die Landtagswahl 2009 in Thüringen lieber eine Kandidatur der NPD, statt wie festgelegt, der DVU. Bis zur Bundestagswahl 2009 wird die NPD aber wohl noch an dem Pakt festhalten müssen, um Konkurrenz zu verhindern.

Gründe für den Stimmverlust

Vorläufig können folgende Gründe für das schlechte Abschneiden der extremen Rechten und insbesondere der DVU bei der Bürgerschaftswahl angeführt werden:

1. Neben den Themen Bildungspolitik und Umwelt war die soziale Frage das wichtigste Thema im Bürgerschaftswahlkampf. Hier konnten weder DVU noch Kusch und Zentrum eine glaubhafte Antwort bieten.

2. Mit dem schlechten Abschneiden des rassistischen Wahlkampfes von Roland Koch in Hessen, wurde den extremen Rechten auch in Hamburg ihr wichtigstes Agitationsfeld genommen.

3. Der Hamburger Wahlkampf war geprägt von der grundsätzlichen Entscheidung, ob der CDU-Senat abgewählt werden könnte. Eventuell haben viele extrem rechte WählerInnen diesmal lieber der CDU ihre Stimme gegeben, um eine schwarz-grüne oder eine Große Koalition zu verhindern.

4. Durch den Wegfall des Postmonopols wurde der DVU ihre klassische Werbemethode per Postwurfsendung genommen. In früheren Wahlkämpfen hatte die DVU so nahezu jeden Haushalt erreicht. Es blieben ihr zwar 600.000 Flugblätter, 20.000 Plakate, 30.000 CDs und einige Radio- und TV-Spots (Zahlen laut Christian Worch und DVU Homepage), davon dürfte das meiste jedoch nicht verteilt worden sein.

5. Obwohl die NPD auf Bundesebene politisch die DVU unterstützte, verweigerte der Hamburger Landesverband der NPD jegliche praktische Kooperation, ohne sich jedoch gänzlich zu distanzieren. Personelle Unterstützung gab es dagegen vereinzelt von bremischen und niedersächsischen NPDlern, sowie von Nazikader Christian Worch und einigen seiner Gefährten. Das neonazistische „Aktionsbüro Norddeutschland", ein Projekt von Freien Kameradschaften, rief sogar dazu auf die „etablierte Systempartei" DVU nicht zu unterstützen und bezeichnete die Großveranstaltung im CCH als „reaktionäres Treiben der Zwangsdemokraten."

6. Seit langem gab es in Hamburg mit der Kampagne „Keine Stimme den Nazis" wieder eine relativ breite, politisch unabhängige Initiative, welche antifaschistisch in den Wahlkampf intervenierte. Mit einer eigenen Homepage, Kundgebungen, Infotischen, Unterschriftensammlungen und Zeitungsanzeigen wurde dazu aufgefordert, keine Parteien der extremen Rechten zu wählen. Das Spektrum der UnterstützerInnen reichte von Mitgliedern aus SPD und GAL, über viele aktive GewerkschafterInnen und die LINKE, bis hin zu unabhängigen und autonomen AntifaschistInnen.

7. Auch über die Kampagne hinaus gab es zahlreichen, handfesten Protest gegen den rassistischen Wahlkampf der DVU: Laut Hamburger Morgenpost wurden ca. 2.600 Stellschilder der DVU zerstört. Die Polizei hat 128 Verdächtige aufgespürt, 266 Ermittlungsverfahren wegen Sachbeschädigung laufen.

Viele Hamburgerinnen und Hamburger, die sich im Wahlkampf antifaschistisch engagierten, haben zu der Niederlage von DVU und anderen Parteien der extremen Rechten beigetragen. Auf diesem Erfolg lässt sich für kommende Zeiten aufbauen.

erk/kun ■
www.keine-stimme-den-nazis.org

„Pro NRW" gründet Bezirksverband

GELSENKIRCHEN. Die extrem rechte „Bürgerbewegung pro NRW" hat Mitte Februar einen ersten Bezirksverband für das Ruhrgebiet gegründet. Im Rittersaal von Haus Horst wurde Roger Schwedes zum Bezirksvorsitzenden gewählt. Der ehemalige Polizeikommissar ist heute „alleinverantwortlicher Sicherheitsbeauftragter für ein mittelständisches Unternehmen", so „Pro NRW". Als Stellvertreter stehen ihm der Bottroper Bezirksvertreter Dipl.-Ing. Jupp Scholand, ehemals Mitglied der „Republikaner", und die 22-jährige Arzthelferin Stefanie Wohlfarth aus Gelsenkirchen zur Seite. Als Schatzmeister wird künftig der Dortmunder Rechtsanwalt Andre Picker fungieren, der wie „Pro NRW"-Chef Beisicht in den 80er Jahren beim extrem rechten „Ring Freiheitlicher Studenten" (RFS) aktiv war. Schriftführer wurde der pensionierte Lehrer Erich Christ aus Duisburg. Der Homberger trat schon 1997 mit einer Bürgerinitiative gegen den lautsprecherverstärkten Muezzin-Ruf in Duisburg in Erscheinung.

Aus Essen wurden der Apotheker Henryk Dykier, bereits Mitglied des Vorstands von „Pro NRW", und Bernd Weyrich in den Bezirksvorstand gewählt. Auch der Burschenschaftler Kevin Gareth Hauer aus Gelsenkirchen gehört dem Gründungsvorstand an. Der Ex-„Republikaner" gab Anfang vergangenen Jahres dem NPD-Organ „Deutsche Stimme" ein Interview.

Ebenfalls gewählt wurde der als „freier Journalist" bezeichnete Frank Bresonik aus Gladbeck. Der beklagte sich im März vergangenen Jahres in einem Leserbrief im NPD-Organ „Deutsche Stimme" darüber, das er als „unliebsames Mitglied der REP-Partei in die rechtsradikale Ecke gestellt" worden sei. Dabei habe er lediglich mit Hauer und einem weiteren Parteikollegen eine „Pro Köln"-Veranstaltung in Gelsenkirchen besucht. Er sei sich „völlig bewußt, dass Deutschland oder besser gesagt alles, was noch davon übrig ist, nur durch den NPD/DVU-Deutschlandpakt zu retten" sei und nicht „durch Möchtegern-Nationalisten mit System-Mäntelchen". In einem 2004 von Bresonik verfassten Leserbrief an das NPD-Organ sieht dieser „keinen Grund, des Todestages von Rudolf Heß nicht zu gedenken", denn der einstige Hitler-Stellvertreter habe „in seinem Leben großartige Leistungen erbracht".

Ebenfalls gegründet wurde an diesem Tag ein Arbeitskreis „Frauen pro NRW". Als Sprecherin wurde die 26-jährige Altenpflegerin Stefanie Uhlenbrock gewählt, die eine nicht auf „egoistische Selbstverwirklichung auf Kosten der nachfolgenden Generationen" ausgerichtete Frauenpolitik ankündigte. Dem „Negativtrend bei der Geburtenrate der einheimischen Bevölkerung" wolle man z.B. mit der Einführung einer „Geburtenprämie" begegnen.

Bei den Kommunalwahlen im Jahr 2009 will der neue „Pro NRW"-Bezirksverband „auf jeden Fall" in Gelsenkirchen, Bottrop und Duisburg zur Wahl antreten. *hma* ■

Hetzbriefe an Einzelhändler

MÖNCHENGLADBACH. Erneut haben mehrere Einzelhändler mit Migrationshintergrund im Mönchengladbacher Stadtteil Rheydt anonyme Briefe mit rassistischem Inhalt erhalten. Zu lesen ist darin von Ausländern, die nicht zivilisiert und kultiviert seien, „…wie gerade aus der Höhle gekrochen". Die Händler „sollen wieder dahin zurück gehen, wo sie herkommen". Bereits im vergangenen Jahr waren ähnliche Briefe in Umlauf gebracht worden. Diesmal wandten sich Betroffene an die Polizei, die nun wegen des Vorwurfs der Volksverhetzung ermittelt.

Unterdessen muss ein Vertreter des parlamentarischen Flügels der örtlichen Neonazi-Szene wohl sein Ratsmandat abgeben. Der Mönchengladbacher NPD-Stadtrat Pascal Geyer wurde im vergangenen Jahr zum Ortsvorsitzenden der NPD Heinsberg gewählt. Er darf sein Ratsmandat aber nicht mehr wahrnehmen, wenn er nicht mehr in Mönchengladbach wohnt. In der Vergangenheit glänzten die beiden NPD-Vertreter ohnehin meist durch ihre Abwesenheit.

Als Nachrücker auf der Liste steht nun der 1984 geborene Dennis Wüllenweber. *peb* ■

CSU-MdB in der „DMZ"

BERCHTESGADEN. Der CSU-Bundestagsabgeordnete Hans Raidel hat der extrem rechten „Deutschen Militärzeitschrift" (DMZ) ein Interview gegeben. In der März/April-Ausgabe der DMZ äußert der 1941 in Siebenbürgen geborene Raidel zu den „humanitären Missionen" der Bundeswehr u.a.: „Natürlich sind auch für die europäischen Staaten Ressourcenfragen außerordentlich wichtig. Man darf zur eigenen Absicherung das Feld nicht ausschließlich anderen Nationen überlassen". In der gleichen DMZ-Ausgabe werden in einer ganzseitigen Anzeige des extrem rechten Kieler Arndt-Verlages zwei Bücher des britischen Geschichtsrevisionisten David Irving beworben. Auch Anzeigen der „Die Aula", der „Zur Zeit" und des Weinheimer „Germania-Verlag" finden sich hier. Der Por le Merite-Verlag aus Selent wirbt für seine „Eichenlaubträger"-Trilogie. CSU-MdB Raidel ist Träger des Bayerischen Verdienstordens und Ehrenvorsitzender des außen- und sicherheitspolitischen Arbeitskreises der CSU. Im Jahr 2003 war er schon Interviewpartner der „Jungen Freiheit". *hma* ■

NPD-Schatzmeister Kemna verhaftet

MÜNSTER. Am Donnerstag, den 7. Februar durchsuchte die Polizei Wohnungen und Geschäftsräume in Berlin, Riesa, Ladbergen, Lengerich und Osnabrück, darunter die NPD-Parteizentrale und den Sitz des Deutsche Stimme Verlags. Hintergrund der Razzien sind Ermittlungen des LKA und der Staatsanwaltschaft Münster gegen den langjährigen Bundesschatzmeister Erwin Kemna aus Ladbergen (Kreis Steinfurt). Gegen Kemna wird wegen des Verdachts der Untreue ermittelt. Er soll mehrere Hunderttausend Euro von Konten der NPD abgezweigt haben. Gegen ihn wurde Haftbefehl erlassen.

Wie die Staatsanwaltschaft Münster auf ihrer ersten Pressekonferenz mitteilte, soll sich Kemna „durch relativ komplexe Transaktionen Gelder von den Konten der NPD" angeeignet haben. Im Zeitraum vom 1. Januar 2004 bis Juni 2007 soll er mittels 65 Transaktionen insgesamt mindestens 627.000 Euro veruntreut haben. Das Geld soll Kemna auf Konten seiner Firmen überwiesen haben.

Noch stellt sich die NPD schützend hinter Kemna. Bisher lägen der Partei keine Erkenntnisse für ein Fehlverhalten Kemnas vor, heißt es.

Erwin Kemna, 1950 geboren, ist seit 1974 NPD-Mitglied. Ende der 70er Jahre fiel er im Kreis Steinfurt u.a. durch die Bürgerinitiative Ausländerstop auf. 1987 wurde er erstmalig als Beisitzer in den NPD-Bundesvorstand gewählt, dem er bis 1991 und dann wieder seit 1993 angehört.

Von 1990 bis 2001 bekleidete Kemna das Amt des Landesschatzmeisters und das des stellvertretenden Landesvorsitzenden, seit 2001 ist er Beisitzer des Landesvorstandes. Seit 1996 ist Kemna zudem Bundesschatzmeister der NPD. 1998 kandidierte er auf Platz 2 der Landesliste der NPD für den Bundestag. Im Jahre 2005 kandidierte er ebenfalls für die NPD als Direktkandidat für die Landtags- (Emsdetten) und Bundestagswahl (Appelhülsen). Er ist Geschäftsführer des Deutsche Stimme Verlages. .Im Januar 2002 erlangte er bundesweite Aufmerksamkeit, nachdem diverse Medien ihn im Zusammenhang mit dem Verbotsverfahren als V-Mann des Verfassungsschutzes nannten. Der Vorwurf wurde später wieder fallen gelassen.

antifa ms 7.2.2008, indymedia
Mehr Antifa-Infos aus dem Münster- und Osnabrücker Land auf
http://www.antifa-netzwerk.de ■

VS informiert über Immobiliengeschäfte

SCHWERIN. Die Neonaziszene habe ein lukratives Geschäft für sich entdeckt, so der Verfassungsschutz des Landes, der einen Merkzettel erstellt hat, welcher über die Strategien von Rechtsextremisten beim Erwerb von Immobilien aufklärt. Es sei dabei dringend zu unterscheiden, ob es sich um fingierte oder echte Kaufbemühungen handele. Bei Bekannt werden, dass es Interesse aus der rechten Szene am Erwerb einzelner Objekte gebe, werde in der Regel großer öffentlicher Druck aufgebaut, um die betroffenen Kommunen dazu zu bewegen, von ihrem Vorkaufsrecht Gebrauch zu machen. Nun versuche man seitens der Rechtsextremisten dieses Schreckenspotential zu vermarkten. Man biete sich quasi als Preistreiber an. So wird in dem Merkblatt des Landesverfassungsschutzes beschrieben, dass der NPD-Kreisverband Jena sich als Vermittler bei Immobilienverkäufen gegen eine entsprechende Parteispende angeboten habe. Sofern eine tatsächliche Kaufabsicht bestehe, seien die handelnden Akteure sehr darum bemüht, die öffentliche Aufmerksamkeit auszuschalten. In der Regel treten auch Privatpersonen als Käufer auf. Dies würde nicht nur die Tarnung erhöhen, sondern biete beispielsweise der NPD mehr Sicherheit. Im Falle eines Parteiverbots würde Parteivermögen, zu dem dann auch Immobilien zählten, eingezogen. Gehören die von der NPD genutzten Gebäude jedoch Privaten, könnten diese weiterhin genutzt werden. Sowohl Kommunen wie auch private Vermieter und Verkäufer können sich bei dem konkreten Verdacht, dass ein Kauf aus der rechten Szene geplant sei, an den Verfassungsschutz des Landes wenden.

Das beschriebene Merkblatt kann auf der Internetseite des Innenministeriums heruntergeladen werden: www.mv-regierung.de/im/index.htm.

Quelle: www.endstation-rechts.de ■

Verurteilt wegen „Schülerzeitung

AUE. Zu einer Geldstrafe wegen Verstoßes gegen das Jugendschutzgesetz verurteilte heute das Amtsgericht Aue den 18-jährigen Kreisvorsitzenden der NPD-Jugend „Junge Nazionaldemokraten“ (JN) Aue-Schwarzenberg, Stefan Hartung, wohnhaft in Bad Schlema. Die Jugendkammer urteilte nicht nach dem Jugendstrafrecht, sondern nach allgemeinem Strafrecht und sprach eine Geldstrafe von 30 Tagessätzen zu je 13 Euro aus. Der Staatsanwalt hatte 90 Tagessätze gefordert, die Verteidigung hatte auf Freispruch plädiert. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig; Hartung will in die Berufung gehen.

weiter auf Seite 4

„get up“ und „Rechtsabbieger“ vorgestellt

„get up“ heißt die Zeitung, die der DGB-Niedersachsen-Mitte in einer Auflage von 80.000 herausgegeben hat und die vorrangig an Jugendliche gerichtet ist. Eine politisch bunte Redaktion von Antifa-Akteuren berichtet in dem Blatt über „die ‚netten‘ Nazis von nebenan“, wie Nazis „auf sozial“ machen, über Nazi-Gewalttaten, deren Schau im Internet sowie über erfolreiches antifaschistisches Handeln u.a. in Verden, Delmenhorst, Walsrode. Anlass für das Massenblatt mit großen Überschriften und vielen Bildern war die Landtagswahl Niedersachsen und das weiterhin vermehrte Auftreten von Nazis.



Die wesentlich von der DGB-Region Niedersachsen-Mitte, plus etwas Geld aus Kultur- und Jugendinitiativen, finanzierte Zeitung, wurde und wird vorrangig von Antifagruppen unter die Leute gebracht. „get up“ hat vor Berufs- und anderen Schulen, in Jugendzentren und Discos in Niedersachsen viel Zustimmung gefunden und hatte einige Einladungen in Schulen zur Folge. Neben Beispielen und Empfehlungen für antifaschistisches Handeln, Aussteigerprogrammen und Mitmach-Adressen bekennt sich Bela B. / Die Ärzte: „Scheint die Sonne auch für Nazis? – wenn's nach mir geht, tut sie's nicht.“

Wer „get up“ haben oder verteilen möchte, wende sich an: DGB-Hannover, DGB-Lüneburg oder VVN/BdA-Niedersachsen.

Zusammen mit der Broschüre „Rechtsabbieger“ haben einige Macher die „get up“ in diversen Lokalzeitungen und bei Radio-Flora vorgestellt.

Zeitgleich fertig gestellt wurde das Buch „Rechtsabbieger“, herausgegeben und bezahlt von Weser-Kurier (WK) und NDR. Im Untertitel heißt es: „Die unterschätzte Gefahr: Neonazis in Niedersachsen“. Anhand zahlreicher Beispiele erläutern die Autoren Christine Kröger/ WK und Stefan Schölermann/ NDR-info, wie Jugendliche in die rechte Szene hinein geraten, wie Nazis organisiert sind, wer die Strippen zieht, wie sich Nazis in den Alltag einschleichen. Gerd Bücker vom Niedersächsischen Landespräventionsrat fordert Kommunen zu offensivem Umgang auf und im Knast klärt ein Ex-Nazi über seine einstigen Kameraden auf. Es sollte eine kleine Broschüre werden. Dass sie 120 Seiten dick und gut recherchiert ist, ist der Zuarbeit von Antifa-Gruppen zu danken.

WK-Verleger Dr. Ulrich Hackmack schreibt im Vorwort: „...beunruhigend das Schweigen vieler Bürger; beängstigend, wie die Akzeptanz dieser Umtriebe in aller Stille wächst. Dabei kann niemand, der sich mit der Geschichte befasst und das menschenverachtende Nazi-Regime studiert hat, diese Entwicklung dulden oder dazu schweigen.“ Und NDR-Programmdirektor Hörfunk, Joachim Knuth, ergänzt: „Journalisten müssen deren Biografien (die der Nazis) durchleuchten, ihre Programme und Parolen überprüfen. Parallelen zur NS-Ideologie müssen ebenso schonungslos offen gelegt werden wie die Nähe brauner Führungspersonen zu rechtsextremistischen Gewalttätern.“ Beide sind sich in ihrem „gesellschaftspolitischen Auftrag“ einig, „meinungsbildend und demokratiefördernd zu wirken“.

„Rechtsabbieger“ hat eine Auflage von 20.000. Die meisten Exemplare sind kostenlos übers Kultusministerium an die Schulen verteilt worden. Restexemplare gibt's im Buchhandel für 4,90 Euro, Sammelbesteller bekommen Rabatt beim Weser-Kurier. Die Broschüre kann bei WK und NDR aus dem Internet runtergeladen werden.

charly B ■

Laut Erkenntnis des Gerichts hatte er die NPD-Schülerzeitung perplex verteilt, obwohl er von einem Polizisten auf den damit verbundenen Gesetzesverstoß aufmerksam gemacht worden war. Das NPD-Blatt war im September erstmals erschienen und geriet sofort in das Visier der Ermittler. Im Dezember wurde es als jugendgefährdend indiziert und durfte damit Kindern und Jugendlichen unter 18 Jahren weder angeboten noch überlassen werden. Eine zweite Ausgabe der Zeitschrift wurde offenbar durch einen gerichtlichen Beschluss gänzlich verboten. Das Verfahren war der erste Prozess in Sachsen wegen der perplex-Verteilungen. Eine weitere Anklage in gleicher Sache liegt gegen eine junge Frau beim Amtsgericht Pirna vor. Das Blatt war bislang nur in Sachsen verteilt worden, sollte aber Mitte dieses Jahres in zehntausendfacher Auflage bundesweit an Schulen verteilt werden. *kun* ■

Konzertierte Aktion der Grünen gegen Rechtsextremismus

MÜNCHEN. Die Grünen in München wollen in den letzten 14 Tage vor der Wahl noch einmal alle Kräfte mobilisieren, um die Wahl der beiden rechtsextremen Listen „Pro München“ und „Bürgerinitiative Ausländerstopp“ in den Stadtrat zu verhindern. Dabei wollen sie auf drei Ebenen gegen die Rechtsextremisten agieren:

a. Ab sofort wird stadtweit ein Plakat geklebt, aus dem deutlich wird, dass sich Rechtsextremisten zu verbergen suchen und z.B. unter so unschuldig klingenden Namen wie „Pro München“ auftreten.

b. Die Websites des Stadtverbandes, der Stadtratsfraktion und eine Reihe von Homepages von KandidatInnen bieten ausführliche und fundierte Informationen über die Verbindung der rechtsextremen Tarnlisten zur NPD und anderen rechtsextremistischen Parteien und Gruppierungen.

c. Am Montag, den 25. Februar 2008 findet im Unionsbräu um 19.30 Uhr eine hochkarätig besetzte Veranstaltung statt. Thema: „Rechtsextreme in Kommunen – was ist zu tun?“

Siegfried Benker, Fraktionsvorsitzender: „Die rechtspopulistische Kampagne der CSU kann dazu führen, dass im Münchner Stadtrat zukünftig rechtsextreme, rassistische und ausländerfeindliche Gruppierungen vertreten sind. Ich erfahre gerade am eigenen Beispiel, wie der NPD-Ableger „Bürgerinitiative Ausländerstopp“ (BIA) die politische Kultur in dieser Stadt zerstören will: In der Wahlkampfzeitung der BIA werde ich mit Photo und dem gezielten Versuch, mich als Teil krimineller Machenschaften zu diffamieren, als besonderes Feindbild dargestellt. Das wird mich auch in Zukunft nicht daran hindern, klar zu sagen: Wer Rechtsextreme wählt, gibt seine Stimme den Feinden der Demokratie.“

Lokalberichte München 4-2008 ■

Vier Überfälle in einer Woche

BREMEN. In der letzten Woche wurden vier Übergriffe auf Bremer Einrichtungen und Privaträume bekannt. Zuerst wurde die Jugendbildungsstätte Lidice-Haus auf dem Bremer Stadtwerder angegriffen. Es folgten Schmierereien und Steinwürfe auf eine Wohngemeinschaft in Bremen- Nord, die ehemaligen Räumlichkeiten der Jugendbildungsstätte in Bremen-Lesum und den Bremer Infoladen. Es wurden teilweise rechtsorientierte Schmierereien, wie SS-Runen oder „Terrormaschine C18“, gefunden.

Das LidiceHaus gab am Donnerstag, den 13.02.2008, folgende Pressemitteilung raus: In der Nacht vom 13.02.2008 haben vier unbekannte junge Männer in der Jugendbildungsstätte LidiceHaus erhebliche Schäden angerichtet. Um ca. 22:00 Uhr wurde ein im Haus anwesender Zivildienstleistender durch lautes Glasklirren auf die Männer, die Kapuzenpullis trugen, aufmerksam. Mit Steinen bewarfen sie die Glasscheiben im Eingangsbereich der Bildungsstätte. Anschließend zertrümmerten sie die Front- und eine Seitenscheibe des hauseigenen Autotransporters. Die anschließende Fahndung durch die Polizei verlief im weitläufigen Parzellengebiet am Kuhhirten ergebnislos. Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass die Zerstörungen eine Reaktion auf die Angebote des Hauses gewesen sind. Die Jugendbildungsstätte LidiceHaus bietet Jugendlichen, Lehrern und Sozialarbeitern Wochenkurse, Fachveranstaltungen sowie Beratungsangebote u.a. zu Themen, wie „Rechtsextremismus“ und „Gewalt“ an. Egal ob politische Motive oder einfacher Vandalismus hinter dem Angriff auf das Haus stecken, ist die Tat dennoch zu verurteilen. Sie gilt einer rundum modernisierten Jugendeinrichtung, die, nach dem Umzug aus Bremen-Nord erst in November 2007 wieder auf den Kuhhirten eröffnet wurde. Der Zuspruch den das Angebot des Hauses bei den Gästen erhalten hat, kann man inzwischen auch an die Belegungszahlen ablesen, denn die sind erheblich gestiegen.

www.lidicehaus.de ■

Linke Jugend in Mügeln auf Straße gesetzt

MÜGELN. Ende Januar wurde der Jugendclub „Free Time Inn e. V.“ durch die Stadtverwaltung geschlossen. In einer Presseerklärung nehmen Mitglieder des Vereins dazu Stellung: „Grund für die Schließung war ein Ultimatum, das die Stadt im Oktober 2007 den dort ansässigen Jugendlichen stellte. Dabei ging es um Veränderungen in der Kinder- und Jugendarbeit, Einhalten der Öffnungszeiten und eine Einschränkung des Alkoholkonsums. (…) Wenn die Stadt nach Gründen sucht, um den Club zu schließen, finden sie genügend. Trotz des vorgeworfenen Alkoholproblems, war ein „Alternativvorschlag“ von Seiten der Stadt „in die Kneipe zu gehen“. Auch die Öffnungszeiten wurden nicht immer eingehalten, aber solange die Lautstärke im Rahmen war, wurde dies von Seiten der Stadt toleriert. Also steckt vielleicht noch etwas anderes hinter dem Rausschmiss.

Auf einem letzen Treffen mit den aktiven Mitgliedern des Vereins im Rathaus, erklärte der Mügelner Bürgermeister Herr Deuse, dass dieser Jugendclub in Zukunft, sowohl von Linken, als auch von Rechten genutzt werden soll. Und das, obwohl es laut ihm keine Rechten in Mügeln gibt. Wir, die Jugendlichen vom Club, wollen nichts mit Rechtsgesinnten zu tun haben und lassen uns das auch nicht von Herrn Deuse vorschreiben!

Tatsache ist, dass dieser Jugendclub 1997 von linksorientierten Jugendlichen übernommen und damit Besucher mit fremdenfeindlichem Gedankengut vergrault wurden. Seitdem kam es mehrmals zu rassistischen und ausländerfeindlichen Handlungen in Mügeln. So wurde der Jugendverein „Free Time Inn e. V.“ bereits im April 1998 von Rechtsgesinnten überfallen. Doch nach Aussagen von Herrn Deuse, direkt nach der Hetzjagd auf die Inder zum Stadtfest 2007, „existieren keine organisierten rechten Strukturen“ (OAZ vom 22.08.2007, S.15) in Mügeln. Allerdings gibt es in Mügeln viele andere Jugendtreffpunkte die oftmals rechtsorientiert sind bzw. Personen mit menschenverachtendem Weltbild dort ein- und ausgehen dürfen und toleriert werden, z. B. der Förderverein Schloss Ruhethal e. V., welcher sich nach dem Stadtfest mit einer scheinbaren Veranstaltung gegen Rechts rühmt. (…) Es wird hier eine massive, von links ausgehende Gefahr einfach herbei fantasiert und das wahre Problem, der latente Rassismus, welcher in der Bevölkerung fest verankert ist, vollkommen verkannt. Offenbar wurde nur auf einen Anlass gewaretet, den als linksorientiert geltenden Jugendclub Mügeln schließen zu lassen und damit den dort ansässigen Verein „Free Time Inn e.V.“ zu vertreiben.

Mügeln braucht einen alternativen Jugendclub als Gegengewicht, einen Treffpunkt, wo Fremdenhass und Intoleranz keinen Platz haben. Da in unserer Region noch organisierte rechtsextreme Strukturen vorhanden sind, gilt es rechtzeitig aktiv zu werden, um diese Gefahr zu minimieren.

aus PM: Mitglieder des Jugendvereins „Free Time Inn e. V.“, vom 17.2.2008 ■

NS-Kriegsverbrecher ausgeliefert

ROM/VANCOUVER. Knapp 63 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs ist der NS-Kriegsverbrecher Michael Seifert nach Italien ausgeliefert worden. Der heute 83-Jährige war 1951 in Kanada untergetaucht. Der Oberste Gerichtshof in Kanada hatte Mitte Januar die Auslieferung des gebürtigen Ukrainers beschlossen.

Seifert war im Jahr 2000 vom Militärgericht in Verona wegen Kriegsverbrechen im Zweiten Weltkrieg zu einer lebenslangen Freiheitsstrafe. Das Gericht befand den gebürtigen Ukrainer für schuldig, für 18 Fälle von Mord und Folter zwischen Juni 1944 und April 1945 verantwortlich zu sein. Im Oktober 2002 wurde das Urteil rechtskräftig. Seifert beging die Taten dem Urteil zufolge in einem Konzentrationslager in Bozen, als Norditalien von deutschen Truppen besetzt war. Während dieser Zeit wurden insgesamt etwa 11.000 Juden, politische Gefangene und Deserteure in dem Lager gefangen gehalten.

Seifert war 2002 in Kanada festgenommen worden. Seither lief ein Auslieferungsantrag der italienischen Behörden. Seifert wurde von Rom aus ins Militärgefängnis Santa Maria Capua Vetere in der süditalienischen Region Kampanien gebracht. Möglicherweise kann er die Haft wegen seines fortgeschrittenen Alters aber – wie etwa der Ex-SS-Hauptsturmführer Erich Priebke – im Hausarrest verbüßen.

Nach Presseberichten - u.b. ■

Koalition gegen Rassismus – Kitzingen macht mit

KITZINGEN. Am 10. Dezember 2004 (Internationaler Tag der Menschenrechte – d. Red.) wurde in Nürnberg die „Europäische Städte-Koalition gegen Rassismus" gegründet und ein „Zehn Punkte-Aktionsplan" mit konkreten Handlungsbeispielen verabschiedet. Als erste Stadt in Unterfranken beschloss Kitzingen in einer Ratssitzung im Januar 2008, diesem Bündnis gegen Rassismus beizutreten. Rund 70 Kommunen sind mittlerweile Mitglied in der Städtekoalition. In Kitzingen leben etwa 2000 Ausländer, rund 1700 davon besitzen die doppelte Staatsbürgerschaft. Dies entspricht einem Anteil von 17 Prozent an der Gesamtbevölkerung. Die Menschen in der Stadt kommen aus 80 unterschiedlichen Staaten.

Die „Städte-Koalition gegen Rassismus" ist eine Initiative der UNESCO, die 2004 gestartet wurde. Das Ziel ist, ein internationales Netzwerk von Städten einzurichten, die sich gemeinsam für einen wirkungsvollen Kampf gegen Rassismus, Diskriminierung und Fremdenfeindlichkeit einsetzen.

Zur Unterstützung der Kommunen, die der „Europäischen Städte-Koalition gegen

weiter auf Seite 6

Tausende gegen den Naziaufmarsch

DRESDEN. Wäre der Samstag (16.2.) nach den Vorstellungen der Stadt Dresden verlaufen, hätte es eine weiträumige und zeitliche Trennung zwischen dem Naziaufmarsch und den verschiedenen Gegenaktivitäten gegeben. Der Plan sah vor, dass der Naziaufmarsch vormittags durch die Altstadt geschleust wird – ungestört von antifaschistischen Protesten. Dazu wurde der geplante Antifa-Demo-Treffpunkt von 10 Uhr Altmarktgalerie auf 15 Uhr und die andere Elbseite verlegt. Diese Anordnung wurde durch das Verwaltungsgericht Dresden bestätigt. Außerdem wurde eine Kundgebung bürgerlicher Initiativen vor der Synagoge verboten und lediglich ein offener Gottesdienst der jüdischen Gemeinde gestattet. Soweit der Plan – es kam jedoch alles ganz anders...



Bereits um 10 Uhr versammelten sich gut 1000 AntifaschistInnen auf einer Verdi-Kundgebung am Wiener Platz direkt vor dem Hauptbahnhof. Die Polizei, offenbar nicht über die Abmeldung der Antifa-Demo informiert, bereitete sich intensiv auf den Beginn der Demo am Neustädter Bahnhof vor. Mehrere Hundertschaften parkten auf der Neustädter Elbseite und warteten vergebens auf DemoteilnehmerInnen. Unterdessen blockierte die Kundgebung am Hauptbahnhof die Hauptanreiseroute der Nazis und zwang die Polizei, die mit dem Zug anreisenden Nazis auf Umwegen und nur in Begleitung zu ihrem Startpunkt zu bringen.

Die KundgebungsteilnehmerIinnen wurden bei strahlendem Sonnenschein mit lauter Musik unterhalten. Außerdem gab es Beiträge zur Kritik am 13.Februar-Gedenken, News zum Naziaufmarsch und natürlich Infos zu den neuesten Entwicklungen in den aktuellen Tarifverhandlungen. Gegen 13 Uhr kam dann Bewegung in die Kundgebung, Antifas versuchten Richtung Innenstadt und Naziaufmarsch durchzubrechen. Sie konnten erfolgreich eine lautstarke Spontandemo über Dresdens belebteste Einkaufsmeile - die Prager Straße - durchsetzen. Nach Verhandlungen wurde auf dem Külz-Ring eine Kundgebung angemeldet und somit die Naziroute besetzt. Das Antifa-Demoverbot der Ordnungsbehörde in der Innenstadt wurde ab diesem Zeitpunkt erfolgreich und ohne Gerichtsentscheid aufgehoben. Zeitgleich zur Kundgebung versuchten 250 Menschen die Carolabrücke an der Synagoge zu blockieren. Am Goldenen Reiter versammelte sich etwa 2000 bis 3000 BürgerIinnen zur Geh-denken" Demonstration, um dann Richtung Carolabrücke loszulaufen.

Am Zwingerteich, dem Auf taktort des JLO-Aufmarschs, hatten sich zwischen 4500 und 5000 Nazis eingefunden. Diese formierten sich ab 14.30 Uhr in einen hunderte Meter langen Zug und begannen mit ihren Eröffnungsreden. Gegen 15 Uhr setzte sich die Nazidemo in Bewegung, wobei zu diesem Zeitpunkt nach wie vor unklar war, welche Route eingeschlagen werden sollte. Da die Innenstadtroute durch etwa 1000 Antifas blockiert war und die „Gehdenken"-Demo bereits die Carolabrücke und die Synagoge erreicht hatte, wurden die Nazis über die Augustusbrücke geführt.

Der Aufmarsch auf der Innenstadtroute, vorbei an der Synagoge, konnte somit verhindert werden. Die Nazis erhielten eine weitgehend menschenleere Route über die Marienbrücke zurück zum Startpunkt. Die Abschlusskundgebung auf dem Postplatz fand in einer Polizeiwagenburg statt.

Trotz massiver Polizeipräsenz ist es durch offensives antifaschistisches Engagement gelungen, die Pläne der Stadt Dresden über den Haufen zu werfen. Der erneute Aufmarsch mehrerer tausend Nazis an der Synagoge, der auch dieses Jahr durch die Stadt mit massiven Auflagen für Gegenveranstaltungen unterstützt wurde, konnte verhindert werden.

http://venceremos.antifa.net ■

Rassismus“ beitreten und den „Zehn Punkte-Aktionsplan“ unterzeichnen, ist ein Lenkungsausschuss gebildet worden. Er setzt sich aus Vertretern der Städte Barcelona, London, Lyon, Nürnberg, Paris und Stockholm, des Netzwerkes italienischer Städte für Frieden und Menschenrechte, der Organisation United Cities and Local Governments und der UNESCO zusammen. Der Lenkungsausschuss trifft sich regelmäßig, um die Zusammenarbeit unter den Mitgliedsstädten und den Erfahrungsaustausch mit anderen regionalen Koalitionen und Netzwerken gegen Rassismus zu koordinieren.

Das Menschenrechtsbüro der Stadt Nürnberg fungiert als Geschäftsstelle der Koalition, die vor allem die Aufgabe hat, als Ansprechpartner für die Mitgliedsstädte und interessierte Kommunen zu dienen. Dort sollen die Kommunikation und der Informationsaustausch zwischen den Mitgliedsstädten gefördert werden. *nah* ■

AWO wehrt sich gegen Unterwandern zivilgesellschaftlicher Strukturen durch Rechtsradikale

Magdeburg. „Jeder Mensch in einer demokratischen Gesellschaft hat das gleiche Recht auf freie Entfaltung. Dieses Gleichheitsprinzip ist in Deutschland über Art. 3 im Grundgesetz fest verankert. Rechte Ideologien erkennen dieses grundlegende Prinzip nicht an und wollen es gewaltsam außer Kraft setzen. Dies darf die demokratische Mehrheit im Land nicht zulassen!“ Dieses Zitat entstammt dem „Magdeburger Appell, Demokratie heißt Hinsehen und Gesicht zeigen“, den die Arbeiterwohlfahrt (AWO) vor etwas über einem halben Jahr auf ihrer Bundeskonferenz verabschiedet hat. Es ging dabei nicht um eine allgemeine Stellungnahme der AWO gegen Rechts. Vielmehr machte eine besondere Entwicklung Sorge: „Die ‚klassischen‘ Aufgaben der öffentlichen und freien Wohlfahrtspflege werden in immer stärkerem Maße systematisch von Gruppen und Menschen mit rechtem Gedankengut besetzt. Durch das Unterwandern von zivilgesellschaftlichen Strukturen droht rechtes Gedankengut in besonderem Maße gesellschaftsfähig zu werden.“

Diese Unterwanderung – erläutert Peter Michel, bei der AWO für die Umsetzung des Magdeburger Appells zuständig – wird auf unterschiedliche Weise versucht. Zum einen ist eine Strategie zu beobachten, dass da, wo Regeldienste nicht oder nicht in ausreichendem Maße angeboten werden, rechtsradikale Gruppen versuchen, dies auszugleichen. Dies ist in hohem Maße in Ostdeutschland der Fall. Zum anderen versuchen Rechte in bestehenden Verbänden Fuß zu fassen. Da bewirbt sich zum Beispiel ein Rechter auf eine Stelle als Zivildienstleistender oder aber in einer Kindertagesstätte lassen rechte Eltern sich in den Elternbeirat wählen. Dies wird dann genutzt, um intolerantes oder rassistisches Gedankengut zu verbreiten.

Deshalb werden die Verbandsgliederungen der AWO derzeit dafür sensibilisiert, solche Versuche zu erkennen und entsprechend reagieren zu können. Parallel dazu sind die Gliederungen der AWO aufgerufen, die zivilgesellschaftlichen Strukturen durch engagierte Integrationsarbeit zu stärken. Dazu zählt auch, dass die AWO sich an lokalen Bündnissen gegen Rechtsextremismus beteiligt. Da, wo es solche Bündnisse nicht gibt – so Michel –, wird die AWO mitwirken, sie aufzubauen.

Quelle: Publikation „Forum Migration Februar 2008“ ■

Ostfriese und Rechtsextremist Thorsten de Vries hat nun in Rostock Ärger mit seiner Gesinnung

von Thomas Klaus

Emden/Hamburg. Der aus Emden stammende Thorsten de Vries, einst einer der bekanntesten Neonazis Ostfrieslands, betätigt sich in Rostock nicht ohne Gegenwind als Geschäftsmann. Dort betreibt er seit Juni 2007 den Bekleidungsladen „East Coast Corner“ (ECC). Der wurde im Januar 2008 von politischen Gegnern überfallen, de Vries dabei verletzt. Doch der Rechtsextremist will seiner Gesinnung treu bleiben.

Ende 2006 erregte er wegen seiner Hauptrolle beim Sturz der hamburgischen NPD-Landesvorsitzenden Anja Zysk Aufsehen. Wie wichtig er dabei war, geht auch aus Unterlagen hervor, die die DGB-Jugend (Jugendorganisation des Deutschen Gewerkschaftsbundes) jetzt in der Hansestadt veröffentlicht hat. Die 34-jährige Lehrerin wurde durch den berüchtigten Rechtsextremisten Jürgen Rieger ersetzt und trat mittlerweile aus der ultrarechten Partei aus.

Frau Zysk berichtet, dass das damalige hamburgische NPD-Landesvorstandsmitglied Thorsten de Vries und andere Rechtsextremisten mit „massiven Drohungen und einer beispiellosen Mobbingkampagne“ versucht hätten, sie an „öffentlichkeitswirksamen Aktivitäten“ zu hindern. Der Zysk-Gefolgsmann und stellvertretende NPD-Landesvorsitzende Martin Dembrowsky sei sogar unter Androhung von Gewalt zum Verlassen der Partei aufgefordert worden – und dafür sei de Vries mitverantwortlich gewesen.

Anja Zysk erstattete im Januar 2007 Strafanzeige gegen Thorsten de Vries wegen Bedrohung, Beleidigung und Verwendung nationalsozialistischer Grußformeln. In E-Mails (sie liegen unserer Redaktion vor) hatte Thorsten de Vries die Vorsitzende als „mosaische Levantiner-Hexe“ und „anscheinend psychisch Kranke“ tituliert. „Wie ein tollwütiges Tier“ beiße sie nur noch nach jedem. Er „würde die Alte sofort an die Wand stellen, wenn ich die Möglichkeit dazu hätte“. Die Mails wurden mit „Heil und Sieg 88 Euer Friese“ abgeschlossen, wobei „88“ in der rechtsextremistischen Szene für „Heil Hitler“ steht. Ihre Strafanzeige zog Anja Zysk zurück, recherchierte der Hamburger Journalist und Rechtsextremismus-Experte Andreas Speit. Aber sie habe eine Verfügung gegen de Vries erwirkt, wonach sich dieser ihr nicht auf weniger als 50 Meter nähern dürfe.

Seit Ende der siebziger und bis in die neunziger Jahre hinein hatte Thorsten de Vries in seiner ostfriesischen Heimat für Aufsehen gesorgt. Wegen verschiedener Straftaten im Zusammenhang mit seinem rechtsextremistischen Engagement und seiner Nähe zu militanten Neonazis musste sich der zeitweilige Bundesvorsitzende des später verbotenen „Deutschen Kameradschaftsbundes“ vor Gericht verantworten. So wurde er 1993 wegen Nötigung, Bedrohung und Widerstandes gegen die Staatsgewalt rechtskräftig zu einer Gefängnisstrafe verurteilt. Nach der Haftentlassung 1994 behauptete de Vries seinen Ausstieg aus der rechten Szene. Schon damals glaubte ihm der „Arbeitskreis Keinen Fußbreit den Faschisten“ in Oldenburg nicht und warnte in Flugblättern vor dem angeblich falschen Spiel des Emders. Und der Arbeitskreis sollte recht behalten.

Angeblich wurde Thorsten de Vries inzwischen aus der NPD ausgeschlossen. Doch an seinem guten Verhältnis zu dieser Partei scheint das nicht viel geändert zu haben.

Zumindest die NPD-Fraktion im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern solidarisierte sich durch einen Besuch vor Ort mit dem ECC in Rostock. Und der NPD-Landtagsabgeordnete Birger Lüssow richtete im Herbst 2007 sein Wahlkreisbüro bewusst im ECC-Gebäude ein – aus Solidarität mit Thorsten de Vries, wie er versicherte. ■

Bundesprogramme gegen Rechtsextremismus

Eine Bestandsaufnahme

Gegen Rechtsextremismus wirksam vorzugehen, ist seit vielen Jahren erklärtes Ziel verschiedener Bundesprogramme. Ihr lokaler Ansatz ist zu begrüßen, denn Demokratie wird zuerst im nahen Umfeld, in den Kommunen, erlebt und erlernt. Was aber, wenn Alltagsrassismus und Intoleranz dort bis in die gesellschaftliche Mitte als normal gelten? Wie weiter, wenn das Misstrauen gegenüber „fremd" Aussehenden durch politische Debatten über „Ausländerkriminalität" scheinbar legitimiert wird? Wer klärt auf, wenn der Bürgermeister öffentliche Nazi-Rituale als „Dumme-Jungen-Streiche" verharmlost? Leider fehlt in vielen Regionen ein offenes gesellschaftliches Klima der Vielfalt, Anteilnahme und Toleranz gänzlich. Es gilt also, die Zivilgesellschaft zu stärken.

Wie gut gelingt das mit den aktuellen Programmen? Dies war Thema eines Grünen-Fachgesprächs am 7. Februar 2008 im Deutschen Bundestag. Neun praxiserprobte ReferentInnen und rund 120 Fachleute aus Politik, Verwaltung, Wissenschaft, zivilgesellschaftlichen Initiativen sowie interessierte Bürgerinnen und Bürger diskutierten miteinander und brachten ihre Kritik, Erfahrungen und Anregungen ein.

Probleme der aktuellen Bundesprogramme

Durch die unter Rot-Grün begonnene Bundesförderung lokaler Projekte und Bündnisse sind sehr professionelle Strukturen entstanden. In Folge des Regierungswechsels wurde jedoch das bewährte Konzept entscheidend verändert. Für eine abschließende Bewertung der neu konzipierten Programme ist es zu früh. Vielerorts sind diese gerade erst richtig angelaufen. Erste negative Folgen der Umgestaltung sind jedoch schon heute zu beobachten:

1. Viele kleine, unabhängige Träger verloren durch die geforderte sehr hohe Kofinanzierung jede Chance auf Bundesgeld und schließen ihre Pforten.

2. Projektinhalte treten in den Hintergrund, weil die Personalressourcen durch eine ausufernde Antragsbürokratie gebunden sind.

3. Langfristige Prozesse und präventive Ansätze werden aus fördertechnischen Gründen durch kurzfristige Kriseninterventionen abgelöst.

Will sich der Bund nicht auf „Alibi-Programmen" gegen Rechts ausruhen, muss er solche Probleme angehen. Die Vorschläge erfahrener Praktikerinnen und Praktiker dürfen dabei nicht außen vor bleiben. Die Programme gegen Rechtsextremismus müssen stärker an die Erfordernisse der täglichen Arbeit vor Ort angepasst werden.

Die Bundesprogramme demokratischer gestalten

Bei der notwendigen konzeptionellen Weiterentwicklung der Programme sind folgende Punkte zu berücksichtigen:

- Programmentwicklung und -umsetzung müssen demokratischer gestaltet werden. Erfahrene Fachleute und zivilgesellschaftliche Träger brauchen echte Beteiligungsrechte.
- Voraussetzung für eine gute Zusammenarbeit zwischen Zivilgesellschaft und Verwaltung ist strukturelle Gleichberechtigung. Der Bund als Programminitiator trägt besondere Verantwortung dafür, das vorhandene Übergewicht staatlicher Definitionsmacht angemessen einzuschränken.
- Der Bund muss Qualitätsrichtlinien für Beteiligungsprozesse formulieren, die eine Mitwirkung der Zivilgesellschaft auch bei autoritärer oder ignoranter Verwaltungspraxis vor Ort sichern.
- Behörden müssen Vorbilder sein in Bezug auf Demokratie und Partizipation, um Programme gegen Rechtsextremismus glaubwürdig verwalten zu können.
- Bei der Evaluierung der neuen Programme sind die Ergebnisse der früheren Programme Civitas und entimon vollständig einzubeziehen, um eine kontinuierliche Nutzung erworbener Qualitätsstandards zu sichern.
- Fragwürdiges Konzept „Krisenintervention": Beratungsprozesse nur in „Krisenzeiten" zu fördern, ist kontraproduktiv. Wir brauchen verlässliche, dauerhafte Beratungsangebote, die eine prozesshafte, ganzheitliche Intervention ermöglichen.
- Fragwürdiges Konzept „Modellprojekte": Eine systematisches Auswerten und kontinuierliches Fördern bereits erprobter Angebote wäre sehr viel effizienter als immer neue „Modelle". Zudem scheitern gerade kreative kleine Träger an den viel zu hohen Kofinanzierungs-Forderungen des Bundes.
- Der Bund muss seine Öffentlichkeitsarbeit zu den Programmen verbessern. Opfer und Menschen mit Beratungsbedarf wissen oft nicht, wohin sie sich wenden können.
- Prävention und Intervention müssen zusammenwirken, um die Demokratie zu stärken, die Akzeptanz von Vielfalt zu fördern sowie unsere Gesellschaft gegen Nazi-Ideologien zu wappnen.
- Bewährte Angebote brauchen institutionelle Förderung. Existenzsicherung ist die Voraussetzung fachlicher Kontinuität gegen Rechtsextremismus.

Monika Lazar, MdB, Timo Reinfrank (Amadeu Antonio Stiftung) ■

http://www.gruene-bundestag.de/cms/rechtsextremismus/do9/219547.bundesprogramme_gegen_rechtsextremismus.html



Heisenhof Herrenlos – Sind die Nazis weg?

Am 26. Februar 2008 von 1900 – 2200 Uhr findet im Kultursaal Dörverden, Berliner Straße 1 eine Informationsveranstaltung mit dem Titel „Heisenhof Herrenlos – Sind die Nazis weg?" statt.

Drei Referenten werden zum Thema unterschiedliche Aspekte beitragen. Andre Aden , freier Jounalist und für die Recherche Nord tätig spricht in seinem Vortrag „Vom heute zum gestern" über lokale Strukturen der Neonazis,. Im Vordergrund stehen dabei die aktuellen Ereignisse in der Region und wie sich die Strukturen der Neonazis in unserem ländlichen Raum entwickeln.

„An der gesellschaftlichen Wirklichkeit real existierender Bedrohung durch Neonazis ändert sich nichts, wenn man sie verschweigt". Sagt Stefan Schölermann, der für Weserkurier und NDR-Info die Broschüre „ Rechtsabbieger – Neonazis in Niedersachsen" erstellt hat. Das gemeinsame Ziel war es, die Realität möglichst vielen Menschen deutlich zu machen. Grundlegendes zu Neonazis und ihren Strukturen und die Ereignisse der letzten Jahre stehen hier im Mittelpunkt.

„Scheint die Sonne auch für Nazis?" fragt Bela B., von den Ärzten in der neuen Jugendzeitschrift „get up" des DGB, die H-D Charly Braun von der Antifa-AG Nds. Des DGB vorgestellt. Es geht um die „netten" Neonazis von nebenan, wie sich Verden und Dörverden wehren, Schüler in Walsrode gegen Nazis mobil machen und Tips und Kontaktadressen für Interessierte. Außerdem berichtet Braun über die zahlreichen Aktivitäten des DGB zur Bündnisbildung gegen Rechtsextremismus.

Dörverdener Bündnis gegen Rechtsextremismus ■

Aktionsbündnis zieht positive Bilanz

München. 10.2.2008. Das Aktionsbündnis gegen die NATO-Sicherheitskonferenz zieht eine positive Bilanz der Aktionen gegen die Militärtagung und wertet die Proteste als Erfolg für die KonferenzgegnerInnen.

Ca. 7.000 Menschen schlossen sich am Samstagabend der größten Anti-Kriegskundgebung der letzten Jahre in München an. Die Zahl der TeilnehmerInnen lag damit noch deutlich über den Erwartungen der VeranstalterInnen. Als politischen Erfolg werten die OrganisatorInnen der Proteste die Tatsache, dass sie gegen die ausdrückliche Empfehlung der Polizei eine Demonstrationsroute durchsetzen konnten, die vom Auftakt auf dem Marienplatz auf direktem Weg zur Abschlusskundgebung vor der Residenz führte.

„Wir waren kompromissbereit", sagte Claus Schreer vom Aktionsbündnis, „aber unser erklärtes Ziel war immer: wir wollen zur Residenz und uns dort dem Staatsempfang für die Kriegstreiber in den Weg stellen. Das ist uns gelungen und wir haben uns das Demonstrationsrecht zurückerkämpft." Die Demonstrationen und Kundgebungen am Freitag und Samstag liefen ohne größere Zwischenfälle ab. Auf der Großdemo am Samstag zeigte sich die Polizei deutlich zurückhaltender als in den letzten Jahren, obwohl sie im Vorfeld erneut vor der Anreise von 500 gewaltbereiten Autonomen gewarnt hatte. „Trotz der absurden Gefahrenprognosen der Behörden haben wir gezeigt, dass von uns keine Gewalt ausgeht, wenn die Polizei uns demonstrieren lässt und nicht – wie in den Vorjahren – die Demo ständig stört und provoziert.", sagte Hagen Pfaff vom Aktionsbündnis.

Heftig kritisiert wurde von den VeranstalterInnen jedoch, dass die Demonstration erneut von einem permanenten Wanderkessel der Polizei begleitet wurde, der selbst die Sicht auf die Fronttransparente versperrte. Auch die Auftaktkundgebung auf dem Marienplatz wurde von der Polizei in Richtung Fußgängerzone komplett abgesperrt und so erheblich behindert. Am Samstag kam es während der Aktionen zu ca. 20 Festnahmen. Nach der Auflösung der Versammlung um 20 Uhr bildete die Polizei drei Kessel in der Fußgängerzone, nahm ca. 25 weitere DemonstrantInnen fest und sprach mehrere hundert Platzverweise aus.

Auch Manfred Mularzyk, ebenfalls vom Aktionsbündnis, wertete die Gegenaktionen als Erfolg. So sei es dieses Jahr erstmals gelungen, die Tagungsteilnehmer „hautnah und direkt mit dem Protest zu konfrontieren. Und die seit 2005 stattfindende Verleihung der sogenannten Teltschik-Friedensplakette musste auf öffentlichen Druck hin von der Residenz ins Tagungshotel verlegt werden." Außerdem habe, so Mularzyk, „die unnachgiebige Kritik an der Finanzierung dieser Privatveranstaltung durch Steuergelder die Bundesregierung in einen Erklärungsnotstand gezwungen. Ähnliches gilt für den grundgesetzwidrigen Einsatz der Bundeswehr im Tagungshotel."



Die Zukunft der Militärtagung ist nach dem Rückzug von Veranstalter Teltschik offen. Für den Fall, dass die Konferenz weiterhin in München verbleiben sollte, hat das Bündnis bereits jetzt eine Fortsetzung der Gegenaktionen im Jahr 2009 angekündigt.

Pressemitteilung des Aktionsbündnisses gegen die NATO-Sicherheitskonferenz, 10. Februar 2008 ■

VVN/BdA: Gemeinsam gegen Neofaschismus, Abbau demokratischer Rechte und Kriegspolitik

Prominente Gäste hatte die Landesdelegiertenkonferenz der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschisten (VVN /BdA) NRW, die am 16.2. im Düsseldorfer ver.di-Haus stattfand. Zur nachmittäglichen Podiumsdiskussion über die „Zukunftsperspektiven antifaschistischer Arbeit" waren neben Wolfgang Dreßen, Professor an der FH Düsseldorf, die Landtagsabgeordnete Monika Düker (B90/Grüne), die Bundestagsabgeordnete Sevim Dagdelen (Linke) und der Landesvorsitzende des DGB Guntram Schneider der Einladung gefolgt. Bei allen sonstigen inhaltlichen Differenzen waren die Genannten einig darüber, dass der gemeinsame Kampf gegen Rassismus und Neofaschismus weiterhin auf der Tagesordnung steht. Dabei wurden unterschiedliche Akzente gesetzt:

Guntram Schneider stellte, mit durchaus selbstkritischer Akzentsetzung („Gewerkschaften sind nicht automatisch gegen rechte Weltbilder der Mitglieder gefeit") die Aufgaben der Gewerkschaften in den Vordergrund seiner Ausführungen. Monika Düker betonte die Notwendigkeit gemeinsamen antifaschistischen Handelns und forderte eine Vernetzung der Aktivitäten gegen die rassistische Gruppierung „pro NRW" im Vorfeld der Kommunalwahlen 2009. Sevim Dagdelen schließlich forderte von der VVN, Migrant (inn)en aktiv in die antifaschistische Arbeit einzubeziehen.

Vor und nach der Podiumsdiskussion hatten die Delegierten und Gäste ein umfangreiches Programm abzuarbeiten: Nachdem der alte (und neue) Landessprecher Ulli Sander (Dortmund) die Bilanz der Arbeit der letzten drei Jahre gezogen hatte, schloss sich eine Diskussion an, die nicht zuletzt darum kreiste, wie mehr junge Menschen in die Arbeit des Verbandes einbezogen werden können. Dabei ist die Bilanz gar nicht mal so schlecht: Trotz einer größeren Anzahl von Todesfällen gelang es der VVN/ BdA, die Mitgliederzahl annähernd konstant zu halten. Dennoch wollen die Kreisverbände Anstrengungen unternehmen, ihre Reihen vor allem mit jüngeren Antifaschist(inn)en zu verstärken.

Nach einer ausführlichen Antragsdebatte war sich die Konferenz darüber einig, neben der Auseinandersetzung mit Neofaschismus und Rassismus, den im Zuge der Verstärkung der „inneren Sicherheit" immer weiter um sich greifenden Abbau demokratischer Rechte und Freiheiten (u.a. durch den Einsatz der Bundeswehr im Inneren und die zunehmende Militarisierung der Gesellschaft) sowie die Friedenspolitik zu Schwerpunkten ihrer Arbeit in den nächsten Jahren zu machen. In Übereinstimmung mit dem Vorschlag von Monika Düker aus der Podiumsdiskussion wurde beschlossen, in Vorbereitung der Kommunalwahlen ein Treffen all derjenigen zu veranstalten, die sich bei der Wahl mit Kandidaturen der rechten und fremdenfeindlichen „pro NRW"-Bewegung auseinander zu setzen haben.

Zu Landessprechern wählte die Konferenz neben Ulli Sander, Ulrike Düwel und Jochen Vogler (beide Wuppertal). Der bisherige Landessprecher Josef Angenfort, ein Vertreter der Generation des antifaschistischen Widerstandes, der aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr kandidierte, wurde einstimmig zum Ehrenvorsitzenden des Verbandes gewählt.

tri ■

Im Vorfeld der französischen Kommunalwahlen, die am 9. und 16. März dieses Jahres auf dem gesamten Staatsgebiet stattfinden, zeichnet sich eine eher schwache Präsenz der extremen Rechten ab. Damit setzt sich die organisatorische Krise der rechtextremen Partei(en) FN (und sein Spaltprodukt MNR), die insbesondere mit der Problematik der ungelösten Nachfolge von Front National-Chef Jean-Marie Le Pen sowie mit der ebenso offenen Frage der Positionierung gegenüber einem seit dem Vorjahr hegemonial erscheinenden konservativen Block zusammenhängt, weiterhin fort.

Vor den französischen Rathauswahlen:

Relativ schwache Präsenz der extremen Rechten in Sicht

Ursächlich für das relativ schwache Erscheinungsbild der rechtsextremen Partei(en) ist ebenso das finanzielle Desaster, das für den Front National aus seinem schwachen Abschneiden bei den Parlamentswahlen vom Juni 2007 resultiert: Die staatliche Parteienfinanzierung nach französischem Gesetz richtet sich an den Parlamentswahlergebnissen der jeweiligen politischen Formationen aus. Da der FN bei den letztjährigen Parlamentswahlen nur 4,3 % der Stimmen im nationalen Durchschnitt erhielt (gegenüber 11,1 % bei den Parlamentswahlen im Juni 2002, und 17 % für die Präsidentschaftskandidatur Jean-Marie Le Pens anderthalb Monate zuvor), sank die staatliche Zuwendung auf ein Drittel des früheren Niveaus.

Infolge dessen konnte der FN, im Wesentlichen, Listen von Kommunalwahlkandidaten in diesem Jahr nicht finanziell unterstützen. Dabei hat der beabsichtigte Verkauf des Parteisitzes im Pariser Nobelvorort Saint-Cloud (wir berichteten) der Parteikasse zumindest einige Hoffnung auf Erleichterung verschafft. So konnte der FN doch noch dafür sorgen, dass in einigen symbolisch wichtigen Städten wie Toulon und Vitrolles – zwei Städte, die ab 1995 bzw. 1997 für einige Jahre rechtsextrem regiert waren, aber heute eine bürgerliche bzw. sozialdemokratische Rathausführung haben – die Aufstellung von Listen mit monetärer Unterstützung aus der Zentrale möglich wurde. Dafür hatte Le Pen schlussendlich noch persönlich gesorgt. Ansonsten (ohne den angekündigten Verkauf des Sitzes) wäre dies für die Partei, die seit dem letzten Jahr einen Schuldenberg von 8 bis 9 Mil. Euro aufgehäuft hat, in absehbarer Zeit nicht möglich gewesen.

Aber auch in manchen Städten, die für die rechtsextreme(n) Partei(en) von hoher symbolischer Bedeutung sind, glänzt der FN derzeit mit Abwesenheit. Beispielsweise im südfranzösischen Orange, der dritten jener (insgesamt vier) südfranzösischen Städte, die einige Jahr lang unter rechtsextremer Verwaltung standen. Dessen Bürgermeister Jacques Bompard – ein langjähriger FN-Aktivist – ist zwar heute nicht zum Demokraten „bekehrt", wohl aber im Herbst 2005 von seiner früheren Partei zum konservativen Rechtskatholiken Philippe de Villiers und seiner „Bewegung für Frankreich" (MPF) übergelaufen. Anhaltende Gerüchte sprechen zur Zeit übrigens von einem möglichen Regierungseintritt Philippe de Villiers' nach dem Ende der Kommunalwahlen, wenn das Kabinett unter Präsident Nicolas Sarkozy und seinem Premierminister François Fillon voraussichtlich umgebildet wird. Der FN vermochte es in diesem Jahr nicht, dem „Verräter" Bompard einen Kandidaten entgegen zu setzen. Auch in Dreux, wo bei den Kommunalwahlen von 1983 der wahlpolitische Erfolg des Front National überhaupt anfing, ist die rechtsextreme Partei in diesem Jahr gar nicht vertreten. Nachdem die beiden früheren lokalen Führungsfiguren Jean-Pierre Stirbois (ehemaliger Generalsekretär des FN, 1988 tödlich verunglückt) und seine Gattin Marie-France Stirbois (verstorben 2006) nicht mehr länger da sind, hat der örtliche FN jegliche Substanz verloren. Allein die stiefelfaschistischen ‚Identitaires' haben zusammen mit Mitgliedern des 1999 vom FN abgespaltenen MNR eine Liste in Dreux aufgestellt bzw. unterstützt, die sich in ihrer Propagandaplattform freilich positiv auf die Eheleute Stirbois bezieht. Diese Liste hört auf den Namen Dreux Identité française („Dreux - französische Identität").

Noch am Samstag, 23. Februar hatte die sozialdemokratische Tageszeitung ‚Libération' unter Berufung auf den Wahlkampfleiter der Partei für die Kommunalwahlen – Martial Bild – angekündigt, der FN werde ähnlich stark Präsenz zeigen wie bei den Rathauswahlen im März 2001. Dazu gehörten insgesamt 120 Listen in den Städten mit 10.000 bis 30.000 Einwohnern, und rund 100 Listen in kleineren Städten und Gemeinden. Hingegen habe der FN von vornherein darauf verzichtet, in bestimmten (auch größeren) Städten mit eher schwacher Verankerung der Partei anzutreten, etwa in Orléans oder Rennes.

Diese Angabe wird jedoch bereits durch die Sonntagsausgabe der Pariser Abendzeitung ‚Le Monde' wieder dementiert. Ihr zufolge hat der Front National insgesamt 25 % so viele Listen im Rennen wie bei den Rathauswahlen vom Juni 1995, auf dem Höhepunkt seiner gesellschaftlichen Verankerung – und 63 % so viele wie bei den Kommunalwahlen im Jahr 2001. Damals hatte der Front National, infolge der Spaltung von 1998/99 (Le Pen kontra Mégret, FN/MNR) bereits stärkere Einbrüche bei seinem Versuch zum Aufbau einer Aktivistenbasis verzeichnet. Und ferner hatte sein Spaltprodukt, der MNR, ihm starke Konkurrenz bereitet. Dies ist in diesem Jahr nicht mehr der Fall, da der MNR inzwischen quasi klinisch tot ist. In ganz Frankreich präsentiert der MNR von Bruno Mégret noch insgesamt 7 Listen, gegenüber 191 vor sieben Jahren.

Hinzu kommt das Veto, das Jean-Marie Le Pen mancherorts selbst gegen FN-eigene Listen eingelegt hat, sofern diese von innerparteilichen „Dissidenten" bzw. Gegnern aufgestellt worden wären. So erhielten mehrere FN-Listen, etwa in Conflans-Saint-Honorine (im Bezirk von Versailles), im nordfranzösischen Tourcoing und in Wattrelos in der Nähe der belgischen Grenze, nicht die Unterstützung der nationalen Parteiführung. Anderorts werden prominente FN-Größen, wie der frühere Abgeordnete der Nationalversammlung Michel de Rostolan im südlichen Pariser Umland oder Pierre Jaboulet-Vercherre in der Bourgogne (Burgund) – das frühere Bindeglied der Partei zu den Weinhändlern der Region – durch die Zentrale beschuldigt, hinhaltenden „passiven Widerstand" gegen die Aufstellung von Listen betrieben zu haben. Und schließlich sind einige Parteikader von ihren Posten als Bezirkssekretär zurückgetreten, wie etwa Régis de la Croix-Vaubois (im mittelfranzösischen Bezirk Nièvre), der auf dem letzten Kongress im November 2007 auch das ‚Zentralkomitee' der Partei verließ. Auch dies be- oder verhinderte das Aufstellen von Listen. Die Parteiführung bezahlt damit ihr Vorgehen gegen „Dissidenten", die insbesondere mit Le Pens Förderung für den Aufstieg seiner Tochter Marine im Parteiapparat nicht einverstanden sind.

Marine Le Pen ist so ziemlich die einzige Hoffnung der Partei bei diesen Kommunalwahlen: In Hénin-Beaumont (im früheren Bergbaurevier nahe der belgischen Grenze) ist sie Zweite auf der Rathausliste von Steeve Briois. Im Juni 2007 hatte Marine Le Pen hier knapp 42 Prozent der Stimmen als Wahlkreiskandidatin erzielt. Ihre Hoffnung liegt nun darin, das Rathaus der rund 30.000 Einwohner zählenden Stadt zu erobern, wird freilich bisher durch die Umfragen noch dementiert.

Bernhard Schmid, Paris ■

KORREKTUR zu AN 02/2008: „Europäische Rechtsextreme nehmen neuen Anlauf zu Kooperation" (Seite 8):
Aufgrund eines Tippfehlers enthält der o.g. Artikel in der mittleren Spalte eine falsche Jahreszahl-Angabe. Dort steht, die österreichische FPÖ habe „ab Februar 2002" eine mehrjährige Regierungsbeteiligung begonnen. Dies ist unkorrekt. Richtig muss es heißen: „Ab Februar 2000". Die damals noch durch Jörg Haider geführte Partei hatte bei den Nationalratswahlen in Österreich vom 3. Oktober 1999 stattliche 27 Prozent der Stimmen erhalten. Daraufhin konnte sie im Februar 2000 in die Bundesregierung in Wien eintreten. *BhS, Paris*

NACHTRAG zu „Drei rechtsradikale Polizisten vom Dienst suspendiert“ (AN 03-2008, S. 10)

Anfang Februar 2008 war die Affäre um rechtsradikale Polizisten im nordfranzösischen Amiens aufgebrochen. Zu o.g. Artikel seien noch folgende Einzelheiten nachgetragen: Es hat sich inzwischen bestätigt, dass einer der drei Polizisten, die aufgrund antisemitischer Äußerungen sowie „White Power“-Sprüchen in einem Pub mit sofortiger Wirkung vom Dienst suspendiert worden sind, sich aktiv beim Front National (FN) betätigt hat. Laut Angaben des Rechtsextremismusspezialisten Jean-Yves Camus (vgl. http://www.rue89.com/jean-yves-camus/policiers-dextreme-droite-a-amiens-il-y-a-des-precedents) handelt es sich bei ihm um den 39jährigen Brigadenchef Christophe Lengelé, den ranghöchsten unter den drei Polizisten, gegen die auch strafrechtliche Ermittlungen laufen. Er wurde vor einigen Jahren aus dem Pariser Raum in den nordfranzösischen Bezirk von Amiens versetzt. Laut Camus waren seine rechtsextremen Auffassungen aber bereits während seiner Dienstzeit in Paris bekannt. Bei den Parlamentswahlen im Jahr 2002 trat er (als stellvertretender Kandidat, also als Zweiter in einem Tandem, nach dem französischen Wahlsystem) im sechsten Wahlkreis dieses Bezirks für den FN an. Gleichzeitig kandidierte seine Schwester für die rechtsextreme Partei im Bezirk Rhône, d.h. im Raum Lyon. Und seine Ehefrau ist nach wie vor Abgeordnete des FN im Regionalparlament der Picardie (deren Hauptstadt Amiens ist). Auch wenn der Vorsitzende der FN-Fraktion im Regionalparlament, Michel Guiniot, sich nach der jüngsten Affäre im Prinzip distanzierte – er erklärte, er sei „dafür bekannt, dass ich systematisch Skinheads aus der Partei säubere“, während die drei Polizisten Symbole und Sprüche der Skinheadbewegung benutzt hatten – so sind (oder waren??) die familiären und politischen Bindungen des angeklagten Beamten in die Partei hinein offenkundig intensiv. Derselbe Christophe Lengelé soll, derselben Quelle zufolge, ebenfalls Mitglied der rechtsextremen Polizistengewerkschaft FPIP sein.
Camus erinnert ferner daran, dass Mitglieder derselben Polizeigewerkschaft im Jahr 1988 an einer Serie rassistischer Anschläge an der Côte d'Azur, die einen Toten sowie mehrere Verletzten forderten, teilgenommen hätten. Die später, 1991, verurteilten und aus der Polizei hinausgeworfenen Beamten gehörten damals der aktivistischen Neonazipartei PFNE (ungefähr vergleichbar mit der früheren deutschen FAP) an. Unter ihnen befand sich glatt der damalige Generalsekretär der Polizeigewerkschaft FPIP, Serge Lecanu. Später hat die FPIP allerdings gar zu anrüchige Elemente aus ihren Reihen entfernt. Bis zur jetzigen Affäre...
Nachdem die Affäre zu Anfang des Monats aufgeflogen war, hatte etwa die politisch moderate Polizeigewerkschaft FO sich – ebenso wie die polizeiliche Hierarchie – beeilt, anzumerken, die drei Beamten hätten bislang „gute Noten“ bei ihrer Bewertung erhalten und seien nicht auffällig gewesen. BhS, Paris

Kosovo-Unabhängigkeit

Die Unabhängigkeitserklärung des Kosovo darf nicht zum Startschuss für die erzwungene Rückkehr von Flüchtlingen aus Deutschland und anderen EU-Staaten werden, fordert Pro Asyl.

Etwa 38.000 Personen in Deutschland sind Roma, Ashkali oder sogenannte Ägypter aus dem Kosovo. Die zwangsweise Rückkehr zahlreicher Minderheitenangehöriger könnte lokale Spannungen verstärken und Übergriffe oder Pogrome provozieren. Ob der neue Staat stabil und zum Schutz der Minderheiten willens und in der Lage ist, ist zur Zeit unkalkulierbar.

In den letzten Jahren haben kontinuierlich Minderheitenangehörige das Land verlassen, weil sie sich unsicher fühlten und keinerlei Existenzmöglichkeiten für sich sahen. Roma, Ashkali und die Angehörigen anderer kleiner Minderheiten waren in den vergangenen Jahren vom regulären Arbeitsmarkt praktisch ausgeschlossen. Die Arbeitslosenquote in ihren Siedlungsgebieten tendiert gegen 100 Prozent. Das ist trotz der allgemein hohen Arbeitslosigkeit im Kosovo (ca. 50 Prozent) ein extremer Wert, an dem sich auch seit der Verbesserung der Sicherheitssituation nach den Pogromen des Jahres 2004 nichts geändert hat. Wer Minderheitenangehörige abschieben will, der expediert sie vorsätzlich ins Elend.

Im Oktober 2007 haben sich UNMIK und die provisorische Regierung des Kosovo auf ein Strategiepapier zur Integration von repatriierten Personen geeinigt. Dieses Papier wird von Vielen als Bereitschaftserklärung des Kosovo verstanden, die noch im Ausland lebenden Flüchtlinge inklusive der Minderheitenangehörigen nach der Unabhängigkeit schnell aufzunehmen. Weder freiwillige Rückkehrer noch Abgeschobene werden mit wirksamer Unterstützung rechnen können. Mittel für die Reintegration von Roma und Ashkali in die Kommunen standen in den letzten Jahren nicht zur Verfügung.

PRO ASYL fordert die Innenminister des Bundes und der Länder auf, die Unabhängigkeit des Kosovo nicht zu intensivierten Abschiebungsbemühungen zu nutzen. Keines der Probleme, das bislang eine Rückkehr der Minderheiten in das Kosovo unmöglich machte, wird in einigen Monaten gelöst sein.

Zu befürchten ist allerdings, dass die Innenminister die Haltung der kosovarischen Regierung mit verstärkten Abschiebungen testen werden und dabei die Tatsache nutzen, dass UNMIK seine Kompetenzen im Repatriierungsbereich in den nächsten Monaten abgibt. Von den schätzungsweise etwa 100.000 Menschen, die aus dem Kosovo stammen und sich in europäischen Staaten ohne legalen Status aufhalten, lebt etwa die Hälfte in Deutschland.

gez. Bernd Mesovic, Referent
Quelle: Presseerklärung Pro Asyl, 20.02.2008 ■

Mehr Asylanträge im Januar 2008 – deutlicher Anstieg irakischer Asylbewerber

BERLIN. Im Januar 2008 wurden beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 2.397 Asylerstanträge gestellt. Die Zahl der Asylbewerber stieg im Vergleich zum Vormonat um 1.132 Personen (89,5 Prozent) und gegenüber dem Vorjahresmonat Januar 2007 um 734 Personen (44,1 Prozent).

Der Anstieg ist im Wesentlichen durch eine Zunahme der Asylbewerber aus dem Irak zu erklären. So hat sich die Zahl der Asylerstanträge irakischer Staatsangehöriger gegenüber dem Vormonat von 407 auf 959 erhöht und damit mehr als verdoppelt. Auch die Zahl der irakischen Asylfolgeanträge stieg gegenüber dem Vormonat von 147 auf 255 an. Die irakischen Asylantragsteller gehören überwiegend religiösen Minderheiten (vor allem Yeziden und Christen) an.Insgesamt haben im Januar 2008 2.397 Personen (Vormonat 1.265 Personen) Asyl beantragt.

Hauptherkunftsländer im Januar 2008 waren: Irak, Serbien, Türkei, Vietnam, Russische Förderation, Libanon, Iran, Syrien, Afghanistan und Nigeria.

Im Januar 2008 wurden neben den 2.397 Erstanträgen 659 Folgeanträge beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge gestellt.

Im Januar 2008 hat das Bundesamt über die Anträge von 2.146 Personen (Vormonat: 1.990) entschieden.

Als Asylberechtigte anerkannt wurden 18 Personen (0,8 Prozent). Flüchtlingsschutz nach § 3 des Asylverfahrensgesetzes i.V.m. § 60 Abs. 1 des Aufenthaltsgesetzes erhielten 611 Personen (28,5 Prozent). Abgelehnt wurden die Anträge von 836 Personen (38,9 Prozent). Anderweitig erledigt (z.B. durch Verfahrenseinstellungen wegen Rücknahme des Asylantrages) wurden die Anträge von 641 Personen (29,9 Prozent).

Bei 40 Personen (1,9 Prozent) hat das Bundesamt im Januar 2008 Abschiebungsverbote im Sinne von § 60 Abs. 2, 3, 5 und 7 des Aufenthaltsgesetzes festgestellt.

Die Zahl der Personen, über deren Anträge noch nicht entschieden wurde, betrug Ende Januar 2008 12.031, darunter 8.661 aufgrund von Erstanträgen und 3.370 durch Folgeanträge (Vormonat:

Das konservative französische Regierungslager drückt mächtig auf die Tube, um den Druck auf illegalisierte Einwanderer zu erhöhen. Mitte Februar 08 gab der Minister „für Einwanderung und nationale Identität“, Brice Hortefeux, nun seine definitiven Abschiebezahlen für das Jahr 2007 bekannt: 24.000 „Entfernungsmaßnahmen“ wurden tatsächlich durchgeführt. Im Frühsommer vergangenen Jahres hatte der frisch gewählte Präsident Nicolas Sarkozy dem Inhaber des neu geschaffenen Postens eines „Immigrations und Identitäts“-Ministers zur Aufgabe gesetzt, jährlich 125.000 Aufgriffe mutmaßlich „illegal“ sich im Lande aufhaltender Ausländer durchzuführen und 25.000 „real durchgeführte“ Abschiebungen bis zum Jahresende vorweisen zu können.

Diese Sollziffer wurde also nicht ganz erreicht. Macht nichts, verkündete Premierminister François Fillon daraufhin in einem Interview mit dem ‚Figaro‘ vom 16./17. Februar frei von der Leber weg: Mit 24.000 durchgeführten Abschiebungen liegen wir für 2007 knapp unter der Marke, also schlagen wir die eintausend fehlenden „Zwangsentfernungen“ einfach im laufenden Jahr mit drauf. Also sind für 2008 insgesamt 26.000 „tatsächlich durchgeführte Abschiebungen“ einzuplanen. (Vgl. http://www.lemonde.fr/web/depeches/0,14-0,39-34328499@7-37,0.html)

Auch viele Polizisten beklagen sich inzwischen über den unmenschlich werdenden Druck, der auf ihnen selbst laste, um solche Vorgaben überhaupt noch erfüllen zu können. Immer verrücktere Dinge lässt sich die polizeiliche Hierarchie daher einfallen, um an ihre Sollzahlen heranrücken zu können. Noch vor dem Morgengrauen des Dienstag, 12. Februar wurde so ein Einwandererwohnheim im 13. Pariser Bezirk, in der rue Terre-du-Curé (im Süden der französischen Hauptstadt), durch ein Großaufgebot von 400 Polizisten umstellt. Um 5 Uhr früh fingen die Beamten an, das Wohnheim durchzukämmen. Rechtlicher Vorwand? Ein staatsanwaltliches Ermittlungsverfahren gegen Personen, die für „menschenunwürdige Unterbringungsbedingungen“ und eine Überbelegung des Wohnheims verantwortlich seien. Rein zufällig freilich wurde kein einziger Verantwortlicher für die „menschenunwürdigen Wohnbedingungen“ ermittelt, und das entsprechende Verfahren inzwischen überhaupt fallengelassen. Hingegen wurden an die 120 Einwanderer, überwiegend aus den westafrikanischen Ländern Senegal und Mali, wegen mutmaßlich „illegalen“ Aufenthalts festgenommen. 80 von ihnen wurde in ein ‚Centre de rétention administrative’ (sinngemäß „Anstalt für administrative Verwahrung“, ungefähre französische Entsprechung zum deutschen Abschiebegefängnis) gesteckt. Die Verwaltungsgerichte bestätigte für ungefähr die Hälfte von ihnen die Verhängung der „administrativen Verwahrung“ – zwecks Vorbereitung ihrer Abschiebung –, hob die Maßnahme dagegen für die andere Hälfte auf. In den zweitgenannten Fällen waren die Richter/innen der Auffassung, die Bedingungen der „Ingewahrsam-Nehmung“ seien juristisch unkorrekt gewesen.

Das Wohnheim weist auch heute noch die Spuren der Verwüstungen auf, die der massive Polizeieinsatz angerichtet hat, mit dem Eintreten und Aufbrechen von Türen und ähnlichen Methoden. (Vgl. http://paris.indymedia.org/article.php3?id_article=95268) Zwei Mal – am Abend des 13. Februar sowie am Nachmittag des Sonntag, 17. Februar – fanden Protestkundgebungen der Einwohner sowie mit ihnen solidarischer Personen vor dem Wohnheim statt.

Unterdessen konnten Solidaritätskräfte, unter ihnen in diesem Falle die Gewerkschaften und insbesondere die CGT, am Dienstag voriger Woche einen wichtigen Erfolg im Kampf der „illegalisierten“ Lohnabhängigen verbuchen. Seit einer Woche waren neun, überwiegend afrikanische und „illegal“ als Einwanderer in Frankreich lebende, Köche des Luxusrestaurants ‚La Grande Armée‘ im 16. Pariser Bezirk – einem großbürgerlicher Nobelviertel – im Streik gewesen. Sie forderten gültige Aufenthaltspapiere, einen schriftlichen Arbeitsvertrag und ein Recht auf gleichen Lohn wie andere abhängig Beschäftigte. Die CGT, als stärkste Gewerkschaft in Frankreich, unterstützte den Arbeitskampf aktiv. Aufgrund des Skandals, den das öffentliche Ruchbarwerden der Arbeitsbedingungen - unter Ausnutzung der „Illegalität“ des Aufenthalts der Betreffenden in Frankreich - im Luxusrestaurants auslöste, forderte der Arbeitgeber seinerseits aktiv von den Ausländerbehörden die „Legalisierung“ seiner Köche ein. Hauptsache, dass die Dinge sich möglichst schnell wieder beruhigten… Resultat: Die Präfektur (Ausländerbehörde) „legalisierte“ acht der neun streikenden Köche. Einer von ihnen, ein Staatsbürger der Côte d’Ivoire/Elfenbeinküste, blieb hingegen von der Maßnahme ausgeschlossen. Ihm hielt die Ausländerbehörde vor, dass er seine Arbeit am 4. Juli 2007 aufgenommen habe, während das Regierungsdekret, das die „ausnahmsweise Legalisierung“ von Arbeitskräften in „Mangelberufen“ und „-sektoren“ erlaubt, drei Tage zuvor in Kraft getreten sei. Daher sei er zu spät eingestellt worden. Der Betreffende verlor dadurch gleichzeitig auch seine Arbeit, da seine „illegale“ Situation nun auch offiziell bekannt ist und der Arbeitgeber ihn - unter Androhung von Strafen - nicht weiterbeschäftigen darf.

Solidaritätsinitiativen sprachen von einer wichtigen „Bresche“, da Tausende, potenziell Zehntausende Lohnabhängige sich in einer vergleichbaren Situation befänden wie die Köche des Restaurants ‚La Grande Armée‘. Nunmehr müsse hinreichend Druck entfaltet werden, um eine kollektive „Legalisierungs“welle loszutreten. Hingegen kochte der Apparat der CGT den Erfolg alsbald herunter und mochte von einer solchen gezielten Kampagne eher nichts wissen: Nunmehr sei es vorrangig, dass die „illegalisierten“ Beschäftigten sich gewerkschaftlich organisierten.

Bernhard Schmid, Paris ■

10.926 anhängige Verfahren, davon 7.716 Erst- und 3.210 Folgeanträge).

Quelle: bmi@newsletter.bund.de ■

Hungerstreik von Flüchtlingen in Belgien nach 50 Tagen beendet

Brüssel. Nach 50 Tagen Hungerstreik haben 162 illegal in Belgien lebende Flüchtlinge eine vorläufige Aufenthaltsgenehmigung für drei Monate erstritten. Die Ausländerbehörde habe am Dienstagabend zugesagt, während dieser Zeit die Erteilung einer dauerhaften Aufenthaltserlaubnis zu prüfen, berichteten belgische Medien am Mittwochmorgen.

Die 162 Einwanderer hatten Anfang Januar ein leer stehendes öffentliches Gebäude in Brüssel besetzt und die Nahrungsaufnahme verweigert, um eine Aufenthaltserlaubnis zu erwirken. Es handelt sich um rund 50 Nordafrikaner, je 30 Kurden und Ecuadorianer, etwa zehn Flüchtlinge aus Mauretanien und kleinere Gruppen aus weiteren Ländern.

Quelle: stefan.kessler@jesuiten-fluechtlingsdienst.de - 20.02.08 ■

Mysteriöser Tod eines kurdischen Politikers – Sorge um verschleppten kurdischen Musiker

Syrien. Nach dem mysteriösen Tod eines ehemaligen kurdischen Parlamentariers in Syrien hat die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) die syrische Regierung am Mittwoch aufgefordert, das Schicksal des 61-Jährigen aufzuklären. Der zuvor wochenlang inhaftierte und schwer krank entlassene Osman Sulayman war am Dienstag gestorben. Kurdische Men-

schenrechtler in Aleppo vermuten, dass schwere Folterungen in Haft die Todesursache sind.

Im November 2007 war Osman Sulayman in Ain al-Arab (kurdisch: Kobani) in der Provinz Aleppo während einer friedlichen Kundgebung von Kurden gegen den drohenden Einmarsch türkischer Truppen in Irakisch-Kurdistan festgenommen worden. Am 18. Januar 2008 wurde er unter falschem Namen in das al-Kendy Krankenhaus in Aleppo eingeliefert. Am 6. Februar wurden seine Angehörigen aufgefordert, Sulayman aus dem Gefängnis al-Muslemiye abzuholen. Sie brachten den bereits todkranken Familienvater wieder in ein Krankenhaus, wo er am 19. Februar starb. Er hinterlässt eine Frau und zwei Kinder.

Durch den Tod von Osman Sulayman wächst die große Sorge der GfbV um den herzkranken kurdischen Sänger Eli Tico. Er wurde am 17. Januar 2008 vom syrischen Geheimdienst in Aleppo festgenommen, nachdem er mit kurdischen Journalisten aus der Türkei gesprochen hatte. Das Haus des Musikers wurde durchsucht. Trotz verzweifelter Bemühungen seiner Familie und zahlreicher Fans hat die syrische Regierung weder bekannt gegeben, warum der 71-Jährige verhaftet wurde, noch wo er festgehalten wird. Es wird vermutet, dass er nach Damaskus verschleppt worden ist.

Die GfbV hat sich an Außenminister Frank-Walter Steinmeier gewandt mit dem Appell, sich für die umgehende Freilassung des kurdischen Künstlers einzusetzen. Eli Tico ist einer der bekanntesten kurdischen Sänger und einer der erfolgreichsten Interpreten der klassischen kurdischen Musik in der kurdischen Bergregion Afrin im Nordwesten Syriens.

Die etwa zwei Millionen syrischen Kurden, die in drei Regionen an der syrisch-türkischen Grenze die Mehrheit der Bevölkerung stellen, werden bis heute auf diskriminiert oder unterdrückt. 1962 wurde 200.000 von ihnen im Zuge der massiven Arabisierungspolitik die syrische Staatsbürgerschaft genommen. Seitdem verlangen internationale Menschenrechtsorganisationen, unter ihnen auch die GfbV, ihre Wiedereinbürgerung. Den syrischen Kurden werden die sprachlichen und kulturellen Minderheitenrechte bis heute vorenthalten. Rund 150 Kurden werden als politische Gefangene in syrischen Haftanstalten festgehalten. Dort sind Misshandlungen und Folter an der Tagesordnung.

Quelle: PRESSEERKLÄRUNG GfbV-Göttingen 20.02.2008 ■

Bewohner der Gemeinschaftsunterkunft Katzhütte fordern Umzug

JENA. In Jena wehren sich Flüchtlinge gegen ihre Lebensbedingungen und rufen dazu auf, sie in diesem Kampf zu unterstützen:

„Wir, die Bewohner der Gemeinschaftsunterkunft Katzhütte, bitten um Solidarität und Unterstützung! Wir wollen in normalen Häusern wohnen und nicht in Baracken!

Wir, die Asylbewerber, die in dem Flüchtlingsheim von Katzhütte leben, möchten ihnen mitteilen, dass wir unter den äußerst miserablen Zuständen in unserem Flüchtlingsheim sehr leiden und deshalb entschieden haben, auf verschiedene Art und Weise zu protestieren, um das Camp zu schließen aus den folgenden Gründen:

1. Wir, das sind um die 35-40 Einzelpersonen (jung und alt) und mehrere Familien aus aller Welt, die völlig isoliert, ohne jeglichen Kontakt zur deutschen Gesellschaft in einer Gemeinschaftsunterkunft in Katzhütte leben.
Katzhütte ist ein kleines Dorf im Thüringer Wald, 1 Stunde 30 Minuten mit dem Zug entfernt von Saalfeld.

2. Wir und unsere Kinder werden hier wie Kriminelle behandelt, obwohl wir keine sind. Wir leben wie in einem Gefängnis weggesperrt, nur weil wir Asylbewerber sind.

3. Von 17.00 bis 8.00 stellt die Heimleitung uns das warme Wasser für die Dusche ab und nach 16.00 Uhr dürfen wir die Gemeinschaftsküche nicht mehr benutzen. Wir bekommen von der Heimleitung weder Seife noch Toilettenpapier, obwohl sie verpflichtet wären, uns selbiges auszuhändigen.

4. Unsere Schlafräume befinden sich in einem sehr schlechten Zustand. Es sind alte heruntergekommene Hütten, gebaut aus Karton und Faserplatten. In den Hütten riecht es muffig, weil die Wände angeschimmelt sind. Wir haben Angst, dass sich das auch auf unsere Gesundheit auswirkt.

5. In Katzhütte gibt es für uns keine Möglichkeit einen Deutschkurs zu besuchen bzw. anderweitig die deutsche Sprache zu erlernen. Deshalb sprechen die meisten von uns kein Wort deutsch. So brauchen wir immer irgendjemanden, der uns die Briefe von der Ausländerbehörde oder dem Doktor übersetzt.

6. Seit Januar 2008 bekommen wir unsere Sozialhilfe nur noch in Form von Gutscheinen ausgehändigt. Wir bekommen gar kein Bargeld mehr und die monatliche Summe wird nicht auf einmal ausgezahlt. Mit den Gutscheinen können wir nur in einem bestimmten Supermarkt Lebensmittel einkaufen. Dieser Supermarkt gehört der Tegut Kette an und ist einer der teuersten Supermärkte von Deutschland, so dass unsere Sozialhilfe meist nur für eine Woche reicht.

7. Um uns aus Katzhütte weg zu bewegen, müssen wir einen Urlaubsschein bei der Ausländerbehörde in Saalfeld beantragen. Das Zugticket, um nach Saalfeld zu fahren, müssen wir selber bezahlen. Da wir aber für die Gutscheine ausschließlich Lebensmittel bekommen, haben wir kein Geld für ein Zugticket.
Das ist vor allem für die Familien mit Kindern ein Problem, die mit den Kindern öfter zu einem Arzt nach Saalfeld fahren müssen.

8. Um uns zu duschen, müssen wir ca. 300 Meter durch die Kälte laufen, so dass viele Kinder und alte Menschen kontinuierlich krank sind. (Katzhütte befindet sich in den Bergen, der Winter ist lang, die Temperaturen sind oft unter null Grad mit Schnee)

9.Wir leiden außerdem unter der Art und Weise, wie wir von der Heimleiterin behandelt werden. Sie schreit uns oft an und bestraft uns kollektiv, indem sie das Wasser in der Küche abstellt, den Kühlschrank oder den Elektroheizer konfisziert oder die Gemeinschaftsküche abschließt.

Wir wollen ein Ende von diesem Leben voller Schikanen und psychischer Folter! Wir wollen in normalen Häusern leben und nicht in Baracken! Wir wollen dieses miserable Heim schließen! Wir rufen Euch auf, uns zu unterstützen in unserem Kampf um unsere Würde! Wir bitten Euch um Eure Solidarität!

Die Bewohner der G.U. Katzhütte
The VOICE Refugee Forum Jena ■

WIR KÖNNEN SIE STOPPEN

Kein Nazi-Aufmarsch in Lübeck!

Am 29. März wollen Mitglieder der NPD und andere Nazis wieder durch Lübeck marschieren. Als Anlass soll der 66 Jahrestag der Bombardierung Lübecks durch die britische Luftwaffe herhalten. Das ist heuchlerisch und zynisch! Es war das nationalsozialistische Deutschland, welches den 2. Weltkrieg verursachte und so Europa und die ganze Welt in Brand setzte. Die Geschichte mahnt uns, den Nazis heute rechtzeitig und konsequent entgegenzutreten. Denn sie sitzen schon wieder in den Parlamenten und die Zahl ihrer Straf- und Gewalttaten steigt stetig an.

Auch in diesem Jahr wollen wir wieder ein deutliches Zeichen setzen - für Demokratie und Toleranz, gegen Fremdenfeindlichkeit, Faschismus, Krieg und Geschichtsverdrehung. Gemeinsam mit tausenden von Menschen unterschiedlichen Alters, unterschiedlicher politischer, sozialer und kultureller Herkunft werden wir uns zu einer Kundgebung versammeln und so unseren Protest ausdrücken.

Im Anschluss an die Kundgebung wollen wir gemeinsam versuchen, uns den Nazis in den Weg zu stellen. Im Jahr 2006 ist uns dies in einer bunten Vielfalt der Bevölkerung gelungen. Wir konnten den Marsch der Nazis stoppen und sie so aus der Innenstadt heraushalten. 2007 konnte ihre Kundgebung auf dem Kohlmarkt verhindert werden. Kommt zahlreich zur antifaschistischen Kundgebung

am **29. März 2008, 10 Uhr, Treffpunkt: Hauptbahnhof**

Wer den Aufruf unterstützen will und weitere Informationen unter: **www.wirkoennensiestoppen.de**

Kindersoldaten brauchen Asyl

BERLIN. Am „Red Hand Day", dem 12. Februar, protestieren Menschenrechts- und Flüchtlingsorganisationen gegen den Missbrauch von Kindern als Soldaten. Dazu erklärt die innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE., Ulla Jelpke:

Seit sechs Jahren ist es durch die UN-Kinderrechtskonvention verboten, Kinder zum bewaffneten Kriegsdienst zu missbrauchen. Die Realität sieht aber anders aus: Über 250.000 Kindersoldaten müssen nach Angaben von Menschenrechtsorganisationen in Armeen und Rebellengruppen dienen. Sie werden zum Morden gezwungen und werden häufig genug selbst Opfer von Soldaten.

Die Bundesregierung sollte endlich ihren Handlungsbedarf einsehen.

Die deutsche Asylpraxis muss angepasst werden, um diesen ungeheuerlichen Menschenrechtsverletzungen entgegenzuwirken. Kindersoldaten, denen die Flucht nach Deutschland gelingt, wird das Asyl bisher in den meisten Fällen verweigert: Ihr Missbrauch zum Kriegsdienst sei nicht asylrelevant, so die Begründung. Das ist zynisch.

Einen Abschiebeschutz erhalten sie meist nur auf Grundlage einer Duldung. Doch mit dieser unsicheren Aufenthaltsbasis wird es den Kindern schwer gemacht, ihre gravierenden Traumatisierungen zu bewältigen. Was diese Kinder brauchen, sind ein kindgerechtes Asylverfahren und umfassende Therapieangebote.

In diesem Zusammenhang ist es völlig unverständlich, dass die Bundesregierung sich bis heute weigert, das Zusatzprotokoll zur UN-Kinderrechtskonvention zu unterzeichnen. Dieses verbietet Rekrutierungen von unter 18-Jährigen. Die Bundeswehr selbst behält sich vor, bereits 17-Jährige zu rekrutieren. Wer mit solch einem schlechten Beispiel vorangeht, ist kein glaubwürdiger Akteur in der Menschenrechtspolitik.

Ulla Jelpke, MdB
Innenpolitische Sprecherin
Fraktion DIE LINKE ■

Aktion Rote Hand will eine Million rote Hände sammeln

UN: Deutschland verletzt Rechte ehemaliger Kindersoldaten

BERLIN, 12. FEBRUAR 2008. Der UN-Ausschuss für die Rechte des Kindes in Genf übt deutliche Kritik am Umgang Deutschlands mit ehemaligen Kindersoldaten. Darauf weisen die Organisationen terre des hommes, Aktion Weißes Friedensband sowie die Kindernothilfe aus dem Deutschen Bündnis Kindersoldaten in Berlin hin.

So kommt es vor allem in Asylverfahren immer wieder zu massiven Kinderrechtsverletzungen. Weltweit werden etwa 250.000 Kinder als Soldaten eingesetzt. Besonders dramatisch ist die Situation im neu eskalierenden Bürgerkrieg in Sri Lanka. Die Aktion Rote Hand will im kommenden Jahr eine Million rote Hände gegen den Einsatz von Kindersoldaten sammeln.

Stellen Sie sich vor IHR Kind müsste in den KRIEG! Lasst den Kindern ihr Leben!!!
Johannes Ueinert Bad Harzburg

Vor wenigen Tagen veröffentlichte der UN-Ausschuss für die Rechte des Kindes seine „Schlussbemerkungen" zur deutschen Umsetzung des „Kindersoldaten-Zusatzprotokolls". „Diese Empfehlungen sind eine Ohrfeige für die Bundesregierung. Die Experten der Vereinten Nationen kommen zu dem Schluss, dass die Rechte von Kindern im Asylverfahren in Deutschland massiv verletzt werden - selbst wenn sie als ehemalige Kindersoldaten Schlimmstes erlebt haben", sagt Ralf Willinger vom Kinderhilfswerk terre des hommes, Sprecher des Deutschen Bündnisses Kindersoldaten, einem Bündnis aus 11 Nichtregierungsorganisationen. Es sei skandalös, dass auch unbegleitete Kinder und Jugendliche in Deutschland immer wieder wochen- und monatelang in Abschiebehaft genommen würden. „Wir appellieren an Kanzlerin Angela Merkel, diese beschämende Praxis zu beenden und die Rechte schwer traumatisierter ehemaliger Kindersoldaten in Deutschland nicht länger mit Füßen zu treten", fordert Willinger.

250.000 Kindersoldaten weltweit

In zwölf Ländern weltweit werden rund 250.000 Kindersoldaten eingesetzt, darunter in Kolumbien, Kongo und Sri Lanka. Dort hat sich die Situation nach Beendigung des Waffenstillstandes im Januar erneut zugespitzt und es ist mit einer verstärkten Rekrutierungspraxis aller beteiligten Kriegsparteien zu rechnen. „In diesem Bürgerkrieg werden Kinder seit Jahren als Soldaten missbraucht, und zwar sowohl von den Rebellen als auch von der singhalesischen Regierung selbst", so Barbara Dünnweller, Kinderrechtsexpertin der Kindernothilfe und Sprecherin im Bündnis Kindersoldaten.

Massive Kinderrechts-Verletzungen in Sri Lanka

Nach einem Bericht des UN-Sicherheitsrates liegt das Durchschnittsalter dieser Kinder in Sri Lanka bei 15 Jahren. „Die Bundesregierung und ihre EU-Partner sollen sich in Gesprächen mit der singhalesischen Regierung dafür einsetzen, dass Kindersoldaten sofort freigelassen werden und die Verantwortlichen für diese Kinderrechtsverletzungen zur Rechenschaft gezogen werden", so Dünnweller.

Ziel: eine Million rote Hände

Heute, am 12. Februar, startet die Aktion Rote Hand, die bis zum 12. Februar 2009 weltweit eine Million rote Hände mit Unterschriften gegen den Einsatz von Kindersoldaten sammeln und an die Vereinten Nationen übergeben möchte. Die von Deutschland ausgehende Initiative unterstützen hierzulande terre des hommes, Aktion Weißes Friedensband, die Kindernothilfe, Netzwerk Afrika Deutschland, Plan International Deutschland, World Vision Deutschland sowie amnesty international. Der „Red Hand Day" am 12. Februar erinnert an die Unterzeichnung des „Zusatzprotokolls Kindersoldaten" zur UN-Kinderrechtskonvention am 12. Februar 2002. Das katholische Hilfswerk Missio, ein Mitglied des Deutschen Bündnisses Kindersoldaten, wird am Nachmittag 30.000 Unterschriften gegen den Einsatz von Kindersoldaten an das Kanzleramt übergeben.

Sascha Decker,
Pressesprecher Kindernothilfe,
Wolf-Christian Ramm, Pressesprecher
terre des hommes,
Quelle: flucht mailing list ■



„Die EU muß Weltmacht werden“ (G. Verheugen)

Es kommt selten vor, dass sich Autoren aus dem deutschen Wissenschaftsbetrieb kritisch mit der EU auseinandersetzen. Umso bemerkenswerter ist die Schrift Konkurrenz für das Empire. Die Zukunft der Europäischen Union in der globalisierten Welt von Elmar Altvater und Birgit Mahnkopf. Wer allerdings eine Auseinandersetzung mit dem Empire-Begriff von Michael Hardt und Antonio Negri, die der Buchtitel andeutet, erwartet, wird enttäuscht. Schade, denn eine Kritik an deren ortlosem Empire bei gleichzeitiger Reflexion ihrer nützlicheren Denkanstöße bleibt aus. Empire wird hier erklärtermaßen synonym für die USA gebraucht.

Bezüglich der europäischen Kolonialvergangenheit und des Faschismus fragen die Autoren: „Wird sich diese bedrückende Geschichte eines europäischen Imperialismus fortsetzen oder wiederholen?“ (16) Hierin kommt eine Auffassung zum Tragen, derzufolge die EU zwar auf dem Weg hin zu imperialistischem Gebaren, dort aber noch nicht angekommen sei. Dabei sagen EU-Politiker durchaus deutlich, was sie wollen, wie der oben zitierte Vizepräsident der EU-Kommission (23). Gleichzeitig wird das militärische Vorgehen der EU keineswegs ausgeblendet: „Die EU stellt sich also als neuer Weltpolizist (in der Camouflage des ‚Missionars‘) zur Herstellung von Ordnung in zerrütteten Staaten, zur Sicherung des globalen Freihandels und der Energieversorgung, zur Durchsetzung der Menschenrechte oder gegen ‚humanitäre Katastrophen‘ auf.“ (102) Der Ton in den Außenbeziehungen, vornehmlich gegenüber den Staaten der „3. Welt“, verschärfe sich, und „anstelle des Liedes vom friedlichen und zivilisierenden Handel rücken immer häufiger unverhohlene Drohungen“ (152). „Die Folgen des Freihandelsregimes werden in den Ländern des Südens zunehmend als Imperialismus des Nordens erfahren, gegen den Widerstand mobilisiert wird.“ (180)

Die Verletzungen des Völkerrechts, beispielsweise bei der Bombardierung Jugoslawiens, seien „der friedlichen Entwicklung des Kontinents nicht förderlich()“ gewesen (22); sie werden aber nicht als konsequenter und sogar notwendiger Teil der EU-Weltmachtpolitik gesehen, sondern als (gefährliche) Abweichung vom eigentlich möglichen richtigen Weg. Die Politik der USA wird als noch schärfer, ausgeprägter, brutaler dargestellt; die Autoren haben sich noch nicht gänzlich von dem Gedanken einer europäischen Vasallenschaft gegenüber den USA, der die Argumentationen der ‘80er Friedensbewegung prägte, freigemacht.

Zu kurz kommt die Bedeutung der Erweiterung der EU auf die ost- und südosteuropäischen Staaten, durch die „ein Raum für geoökonomische Expansion des Kapitals geöffnet, reguliert und nun auch gegen Konkurrenz von außen geschützt wird“ (33). Doch was bedeutet die Ausdehnung der EU für die Beitretenden? Verschieben sich die Gewichte innerhalb der EU? Innereuropäische Konkurrenzen bleiben weitgehend außen vor. Wie wirken sich Interessendivergenzen aus und welche Rolle spielt das taktische Bündnis der „Neulinge“ mit den USA beim Irak-Krieg? Zu kurz kommt auch – gerade wo es eigentlich um die Rolle der EU in der Welt gehen sollte – die Militarisierung, die nur knapp im Kapitel zu den Verteilungsauseinandersetzungen um die Ölreserven dargestellt wird.

Als einen zentralen Kritikpunkt an der EU heben die Autoren die Aufhebung sozialer Standards und Absicherungen innerhalb der EU-Mitgliedsländer hervor. Die Abschaffung gesetzlicher Regulierungen des Marktes (die sog. „negative Integration“) führe dazu, dass – ganz im Sinne neoliberaler Ideologie – das Kapital völlig frei schalten und walten könne. Der „Druck auf die Arbeitseinkommen steigt und deren Anteil am Volkseinkommen sinkt (...). Entgegen neoliberalen Versprechen führt dies aber nicht zu einem Anstieg der Beschäftigung.“ (81) In diesem Prozess sei die EU „keineswegs eine Getriebene der neoliberalen Globalisierung, sondern ein überaus mächtiger Liberalisierungstreiber“ (168). Woraus folgt, dass niemand der stummen Macht der Marktmechanismen oder den Zwängen der internationalen Konkurrenz auf Gedeih und Verderb ausgeliefert ist, wie es im offiziellen Sprachlaut gern suggeriert wird.

Altvater und Mahnkopf sind Anhänger eines keynesianisches Sozialstaatsmodells, das sie dem praktizierten Neoliberalismus als gangbare Alternative gegenüberstellen. Eine „europäische() Staatlichkeit“ brauche „wohlfahrtsstaatliche Regelungen“ (113). „Das Projekt (EU, *F*) ist in eine ernsthafte Legitimationskrise geraten, weil es sich vornehmlich auf die Beseitigung von Markthemmnissen konzentriert.“ (115)

Die stete Ausweitung der weltweiten Produktion, und dies ist die zweite Zentralthese des Buches, stößt an die Grenzen der natürlichen Ressourcen und der Belastbarkeit des Ökosystems Erde. Insbesondere die fossilen Energieträger stünden kurz vor dem Höhepunkt ihrer möglichen Förderung – und dies bei nach wie vor steigendem Bedarf.

Altvater und Mahnkopf zeichnen ein kritisches Bild der EU, wie sie sich heutzutage präsentiert. Der Leser erfährt vieles, und es wird gründlich argumentiert. Zu diskutieren wäre der Autoren Einschätzung der EU als an und für sich richtungsoffenes Projekt, welches zur Zeit von Neoliberalen dominiert werde. Daraus folgt die implizite Aufforderung an Linke, um die politische Ausrichtung der EU zu ringen. Welches EU-Modell sich durchsetze, „ist Gegenstand immer wieder neuer Kompromissbildung zwischen unterschiedlichen politischen und sozialen Interessen – und gerade darin bestehen ‚Charme‘ und Chance des europäischen Projekts nicht zuletzt für linke Kräfte in Europa“ (117). Hier zeigt sich eine gewisse Ambivalenz in der Agumentation: Die präsentierten Fakten schreien gleichsam nach einer radikalen Kritik an der EU, vor der die beiden Professoren dann doch zurückschrecken. Ein Standpunkt, den die Autoren mit dem Bekenntnis, „überzeugte Europäer“ (14) zu sein, unterstreichen. Zu fragen ist, inwieweit dieses „Projekt Europa“ überhaupt dafür vorgesehen ist, den breiten Massen der Bevölkerungen zu nützen oder ob es nicht von vornherein zur Stärkung der europäischen Kapitalinteressen auf den Weltmärkten, aber durchaus auch gegen die eigenen Lohnabhängigen aufgebaut wurde. Wenn letzteres zuträfe, wäre eben eine viel radikalere Negation gefordert als eine Kritik, die letztlich auf der Phänomenebene stehen bleibt. *F* ■

Elmar Altvater/Birgit Mahnkopf: Konkurrenz für das Empire. Die Zukunft der Europäischen Union in der globalisierten Welt, Vlg. Westfälisches Dampfboot, Münster 2007, 304 S., 24,90 Euro



Die neue Hinterland-Ausgabe Nr. 7 ist am Start!

Schwerpunkt: RASSISMUS

◗ Wie sterben Flüchtlinge in Griechenland?
◗ Wie lustig ist das „Zigeunerleben“ wirklich?
◗ Warum versoffen 1.600 Karnickel dem Ploetz sein Segelboot?
◗ Warum ist Rassismus derart resistent?
◗ Was gibt es am Nationalstaat zu kritisieren?
◗ Was ist eigentlich bei den Prekären so los?

www.hinterland-magazin.de

P.S. Für jedes neue Abo packen wir eine Rage-Against-Abschiebung Compilation, oder die Hörbildpräsentation „LH-588“, mit drauf.
http://www.rageagainstabschiebung.de/sampler/sampler.html
http://www.fluechtlingsrat-bayern.de/beitrag/articles/lh-588—hoerbildpraesentation.html

Hinterland magazin, bayerischer fluechtlingsrat, augsburgerstraße 23 80337 muenchen, fon: 089-762234 fax: 089-762236

Le monde est à nous 19. April 2008

Das „Le monde est à nous!“ im Berliner Südosten – eine Institution? Ein musikalischer Hochgenuss? Ein Statement!

Seit nunmehr acht Jahren feiern junge Menschen inmitten von Nazi-Kiezen ausgelassene Partys und trotzen dem rechten Mainstream. Das Konzert „Le monde est à nous!“ wird alljährlich von antifaschistischen Gruppen organisiert, um ein Zeichen zu setzen und die Menschen im Bezirk zu ermutigen, das Maul aufzumachen.

Nach Jahren in Schöneweide ist das „Le monde est à nous!“ nach Köpenick ins ABC_rocks umgezogen – ebenso ein Brennpunkt rechter Aktivitäten: Hier ist die NPD-Zentrale. Im Bellevue-Park werden alternative Jugendliche regelmäßig angepöbelt und verprügelt. „Deswegen machen wir unsere Konzerte da wo sie nötig sind.“, sagt Tina Böhm vom Antifaschistisches Bündnis Südost. Und weil es sich tatsächlich um Konzerte mit Anspruch handelt, geben wir jungen weniger bekannten Bands eine Chance. Weil so ein Taschengeld ganz schön knapp sein kann, sind die Eintrittspreise nicht übertrieben. Wer früher kommt, kann sogar sparen. Ansonsten gibt’s ‘ne Tombola mit tollen Preisen, die natürlich nicht verraten werden. Und ein Cocktail kann auch den frischesten April-Abend zu einem früh-sommerlichen Erlebnis machen. Ein Besuch beim ältesten Antifa-Konzert der Stadt kann nur dringend angeraten werden. Das „Le monde est à nous!“ ist eben doch eine Institution.

Doors Open 18 Uhr (Eintritt: bis 19 Uhr 2 Euro/ danach 4 Euro) im ABC_rocks in Berlin (Treptow-Köpenick) Hirschgartenstraße 14 Nähe S-Bahnhof Hirschgarten (S7) und Tram-Station Brandenburgplatz (Tram 60 und 61)
Infos unter www.abso-berlin.tk

Stuttgarter Friedenspreis 2007 an Agustín Aguayo: DVD erhältlich

Der 35-jährige US-Soldat Agustín Aguayo erhielt am 21. Dezember 2007 den Stuttgarter Friedenspreis im Rahmen einer großen Friedensgala, die von den AnStiftern alljährlich im Theaterhaus organisiert wird. Ab sofort ist bei der Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK), Partner der AnStifter und Mitträger der Initiative Deserteur-Denkmal für Stuttgart, eine DVD mit umfangreichen Materialien dieses außergewöhnlichen Abends erhältlich. Inhalt:

● Der Audio-Mitschnitt der 2-stündigen Live-Übertragung vom Deutschlandfunk;
● „Niemand darf gegen sein Gewissen“, ein Filmportrait (6 Minuten) von Jochen Faber über Agustin Aguayo;
● Fotos der Gala;
● die Laudatio von Andreas Zumach als Booklet.

Aguayo verweigerte sich des erneuten Einsatzes im Irak und floh am 2. September 2006 aus der Armee. Er hatte in den letzten drei Jahren vergeblich darum gekämpft, als Kriegsdienstverweigerer anerkannt und aus der Armee entlassen zu werden. Mit seiner Flucht aus dem US-Militär ist Agustín Aguayo der erste öffentlich bekannte Fall eines in Deutschland stationierten US-Soldaten, der seine Verlegung in den Irak verweigerte. Er stellte sich am 26. September in Fort Irwin, Kalifornien, der Armee. Auf Verlangen seiner Einheit in Schweinfurt wurde er am 3. Oktober nach Deutschland zurückgebracht. Am 6. März 2007 wurde er wegen „Desertion“ und „Verpassen der Verlegung der Einheit“ zu einer Haftstrafe von acht Monaten verurteilt. Am 18. April 2007 wurde er aus der Haft entlassen. Am 10. Mai 2007 kehrte er in die USA zurück.

Die DVD wird gegen Spende in Höhe von mindestens 10 Euro abgegeben. Um Verwaltungsaufwand zu sparen, bittet die DFG-VK um Vorkasse: a) Umschlag an: DFG-VK, Haußmannstr. 6, 70188 Stuttgart. b) Überweisung: pax an, Kontonummer 361349705, BLZ 60010070, „Spende DVD“ (Adresse nicht vergessen).

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Venloer Str. 440, 50825 Köln. V.i.S.d.P.: U. Bach
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg: W. Siede, erreichbar über GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 18 88 20. Für NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse“: J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,30 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten: Anarchistische Gruppe/Rätekommunisten (AGR); Annelie Buntenbach (Bündnis 90/Die Grünen); Rolf Burgard (VVN-BdA); Jörg Detjen (Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation); Martin Dietzsch; Regina Girod (VVN - Bund der Antifaschisten); Dr. Christel Hartinger (Friedenszentrum e.V., Leipzig); Hartmut-Meyer-Archiv bei der VVN - Bund der Antifaschisten NRW; Ulla Jelpke (MdB); Marion Bentin, Edith Bergmann, Hannes Nuijen (Mitglieder des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft gegen Reaktion, Faschismus und Krieg – Förderverein Antifaschistische Nachrichten); Kreisvereinigung Aachen VVN-BdA; AG Antifaschismus/ Antirassismus in der PDS NRW; Angelo Lucifero (Landesleiter hbv in ver.di Thüringen); Kai Metzner (minuskel screen partner); Bernhard Strasdeit; Volkmar Wölk.

Spendenkampagne

Noch ist das Spendenziel von 2000 Euro nicht erreicht!
Bis jetzt wurden 1624 Euro gespendet.
Vielen Dank!
Spendenkonto: GNN-Verlag, Postbank Köln, BLZ 370 100 50, Kto.Nr. 10419507

Neue Serie – wie Ausländerfeindlichkeit populär machen?

Junge Freiheit Nr. 5/08 vom 25. Januar 2008

Unter dem Titel „Identität und Integration" beginnt das Blatt eine neue Aufsatzreihe, die sich mit der Frage „Sind wir bei uns noch zu Hause?" befassen soll. Als erster Autor befasst sich Götz Kubitschek mit der These, der Kampf gegen den „multikulturellen Traum" sei das Kernstück jeder konservativen Politik der letzten 20 Jahre, die jedoch damit immer in der Defensive gelandet sei.

„Dieses Verschweigen und Kaschieren haben nicht wenige rechte Gruppierungen als Grund für ihr Nischendasein angeführt … Der berühmte Tag X sollte der Tag sein, auf den es sich vorzubereiten galt, sollte der Tag sein, an dem die Massenmedien nicht mehr an der Gewalt gegen Deutsche würden vorbei schreiben können. Dieser Tag ist nun gekommen. Seit einigen Wochen füllen die brutalen Überfälle ausländischer Gewalttäter auf hilflose Rentner und Schüler die Spalten der Zeitungen. Verblüfft stellen wir fest, dass Dämme brechen … In der Wucht dieser Entladung liegt eine große Gefahr: Wenn rechte Gruppierungen kein Mühlrad in die Strömung halten können, verlieren sie ein Thema und gewinnen nichts dabei. Wohlgemerkt: Es geht nicht um publizistischen oder politischen Profit. Es geht darum, unsere deutsche Zukunft zu sichern und Herr im Eigenen zu bleiben, das heißt also: zu bestimmen, nach welchen Gesetzen und Bildern und Grundsätzen in unserem Land gelebt wird und nach welchen nicht."

Der Aufsatz erschien vor den Wahlen in Niedersachsen und Hessen, für das Blatt war offen, ob die Hetzkampagne des hessischen Ministerpräsidenten Koch zieht oder nicht.

Niederschmetterndes Wahlergebnis für die Rechte

Junge Freiheit Nr. 6/08 vom 1. Februar 2008

Das Wahlergebnis in Hessen und Niedersachsen brachte nicht nur den Einzug der LINKEN in zwei weitere westdeutsche Landesparlamente, die Ergebnisse von Republikanern und NDP in Hessen und Niedersachsen machen keine Hoffnung. Herausgeber Dieter Stein kommentiert: „Lafontaine, der durchaus auch als bonarpartistischer Chauvi den Nationalpopulisten geben kann, planiert das Terrain, auf dem die sozialpopulistische NPD glaubte, den Acker bestellen zu können. 1,5% in Niedersachsen und rund 0,9% in Hessen – hinter den rechtskonservativen Republikanern – sind ein Debakel für die Rechtsausleger … Beim Blick in andere europäische Staaten sieht man: Überall regen sich moderne, marktwirtschaftlich orientierte, national- oder rechtspopulistische Formationen, die sich sehen lassen können und etablierte Parteiensysteme das Fürchten lehren. Nicht die Orientierung am autochthonen Transferleistungsempfänger prägt hier die Programmatik, sondern am die Volkswirtschaft tragenden Mittelstand. Insofern ist es zu begrüßen, dass es jetzt in Wien seitens der FPÖ zu Einigungsbemühungen europäischer Rechtsparteien kam – ohne die NPD. Die Deutschen müssen erst noch ihre Hausaufgaben machen." Die einheimischen Arbeitslosen haben bei den Landtagswahlen in großem Maße DIE LINKE gewählt, der bundesrepublikanische Mittelstand orientiert sich an der FDP und den Grünen – bislang hat keine rechte Partei dort Fuß fassen können.

Rechenkunststück I

Junge Freiheit Nr. 8/08 vom 15.2.2008

Das Wahlergebnis in Hessen betrachtet Robert Hepp in der Serie „Identität und Integration" und kommt zu dem Schluss, dass die Wahlverluste der CDU in Hessen und die Gewinne der SPD „auf einen Umstand zurückzuführen sein, der in allen Kommentaren zur Hessenwahl unausgesprochen blieb … Die Verluste der CDU mögen zum Teil mit der Wahlabstinenz ihrer Stammwähler zu erklären sein, die Kochs Wahlkampfstrategie als pure Bauernfängerei durchschauten." Die SPD habe ihre Stimmengewinne vor allem von Migranten mit deutscher Staatsangehörigkeit, und daran sei Koch schuld, der zugelassen habe, dass mehr als 50% der Eingebürgerten eine doppelte Staatsbürgerschaft haben. Das können nach dem bisherigen Rechtsstand in der Bundesrepublik im wesentlichen nur EU-Bürger oder aus Polen, Russland, Ungarn und Rumänien Zugewanderte sein, die automatisch die deutsche Staatsbürgerschaft erhalten, keinesfalls Migranten aus der Türkei. Die SPD hat 210.000 Stimmen hinzugewonnen, davon, behauptet Hepp, seien 45.000 Stimmen die der Migranten mit deutscher Staatsbürgerschaft. Woher die anderen Stimmen der SPD kommen, interessiert ihn nicht und er führt auch keinerlei Beleg dafür an, dass alle wahlberechtigten Migranten SPD gewählt haben. Er bezeichnet sie als „Deutschländer", eine ekelhafte Herabwürdigung, wenn man sich erinnert, dass eine gleichnamige Würstchen-Marke existiert.

Rechenkunststück II

Junge Freiheit Nr. 9/09 vom 22.2.2008

Der Auftritt des türkischen Ministerpräsidenten Erdogan in Köln verführt Blatt-Autor Michael Paulwitz zu folgendem kühnen Rechenkunststück: „Recep Tayyip Erdogan will einen Teil der Macht, in Deutschland und in Europa. Er will die Türkei zur europäischen Großmacht erheben, die durch ihr schieres demographisches Übergewicht die EU dominiert." Die Türkische Republik hat 70,6 Millionen Einwohner, die Bundesrepublik 82,4 Millionen Einwohner. Das demographische Übergewicht liegt auf jeden Fall nicht in der Türkei. Aber Paulwitz geht es um anderes: „Deutschland steht an einer Wegmarke. Gelingt es, in der Integrationspolitik von Sozialpädagogik auf Staatsräson umzuschalten, die Assimilation der Einwanderer durchzusetzen und denen, die dazu nicht bereit sind, die Tür zu weisen? Gelingt es, den EU-Beitritt der Türkei abzuwenden? Die Antworten müssen jetzt gegeben werden, selbst wenn dafür ein Ausnahmezustand durchgestanden werden muss."

Wie dieser „Ausnahmezustand" aussehen soll, lässt Paulwitz im Dunkeln. Mit dem bundesdeutschen Rechtsstaat und dem Grundgesetz der BRD hat das jedenfalls nichts zu tun.

uld ■